



Günter Oesinghaus
Mitglied des Deutschen Bundestages

Herrn

Walter Fischhaber
28. Oktober Nr. 4
Paleo Faliro

Athen
Griechenland

5300 Bonn 1
Bundestag
Tel

Wahlkreisbüros:
Mülheimer Freiheit 127
5000 Köln 80
Tel

Josephikirchstraße 29
5000 Köln
Tel

17.3.1989

Kurzmitteilung übersandt mit der Bitte um

- | | |
|---|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> Kenntnisnahme | <input type="checkbox"/> Veröffentlichung |
| <input type="checkbox"/> Stellungnahme | <input type="checkbox"/> telefonischen Anruf |
| <input type="checkbox"/> weitere Bearbeitung | <input type="checkbox"/> Erledigung |
| <input type="checkbox"/> Rückäußerung | <input type="checkbox"/> gem. telefonischer Rücksprache |
| <input type="checkbox"/> Rückgabe | <input type="checkbox"/> Prüfung |
| <input type="checkbox"/> Veranlassung | <input type="checkbox"/> |

Mit freundlichen Grüßen

gez. Günter Oesinghaus

i.A. *W. Corsten*
Wolfgang Corsten

Bonn, den 9. März 1989

Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD

INHALT

Seite

| | |
|--|----|
| I. WAS WIR WOLLEN | 1 |
| II. DIE GRUNDLAGEN UNSERER POLITIK | 3 |
| 1. GRUNDERFAHRUNGEN UND GRUNDWERTE | 3 |
| - Unsere geschichtlichen Wurzeln | 6 |
| - Unser Bild vom Menschen | 6 |
| - Menschenrechte | 7 |
| - Unser Verständnis von Politik | 7 |
| - Grundwerte des demokratischen Sozialismus | 9 |
| 2. DIE WELT, IN DER WIR LEBEN | 11 |
| III. FRIEDEN IN GEMEINSAMER SICHERHEIT | 15 |
| - Aufgabe Frieden | 15 |
| - Gemeinsame Sicherheit | 15 |
| - Die Bundeswehr und der Zivildienst | 17 |
| - Europäische Gemeinschaft und europäische Friedens- ordnung | 17 |
| - Deutschland | 19 |
| - Nord-Süd-Politik | 19 |
| - Internationale Gemeinschaft | 21 |
| IV. DIE FREIE, GERECHTE UND SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT: EINE NEUE KULTUR DES ZUSAMMENLEBENS UND ZUSAMMENWIRENS | 22 |
| - Eine neue Kultur des Zusammenlebens | 22 |
| 1. DIE GLEICHSTELLUNG ALLER MENSCHEN IN EINER SOLIDARISCHEN GESELLSCHAFT | 23 |
| - Gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann | 23 |
| - Das Zusammenleben der Generationen | 26 |
| * Familien- und Lebensgemeinschaften | 27 |
| * Jugendliche | 28 |
| * Die Älteren | 29 |
| - Solidarität zwischen Kulturen | 30 |
| - Überwindung der Klassengesellschaft | 31 |

*- Тота Европа
- Тво време
- Тво време
- Тво време
- Тво време
- Тво време*

| | |
|--|----|
| 2. DIE ZUKUNFT DER ARBEIT UND DER FREIEN ZEIT | 31 |
| - Notwendige Arbeit und freie Tätigkeit | 31 |
| * Die Bedeutung der Arbeit | 31 |
| * Strukturwandel der Erwerbsarbeit | 33 |
| * Risiken für die Arbeitenden | 34 |
| * Für eine neue Politik der Arbeit | 35 |
| * Arbeitszeitverkürzung - Beitrag zur Vollbeschäftigung und Zeitsouveränität | 36 |
| * Für eine menschengerechte Gestaltung der Arbeitswelt | 38 |
| * Familienarbeit | 40 |
| * Freie Tätigkeiten und Muße | 41 |
| - Das kulturelle Leben | 41 |
| * Bildungsziele | 41 |
| * Reform und Ausbau des Bildungswesens | 42 |
| * Berufliche Bildung und Weiterbildung | 44 |
| * Hochschule, Wissenschaft und Forschung | 45 |
| * Kulturarbeit in der Demokratie | 46 |
| * Aufgabe der Medien | 48 |
| * Sport | 48 |
| 3. DURCH SOZIALE GERECHTIGKEIT ZUR SOLIDARISCHEN GESELLSCHAFT | 49 |
| - Sozialpolitik als verwirklichte Solidarität | 49 |
| - Recht auf soziale Sicherheit | 50 |
| - Umbau statt Abbau | 50 |
| - Reform des Gesundheitswesens | 52 |
| - Hilfe zur Selbsthilfe | 54 |
| 4. ÖKOLOGISCH UND SOZIAL VERANTWORTLICHES WIRTSCHAFTEN | 54 |
| - Der internationale Rahmen | 55 |
| * Internationale Verflechtung | 55 |
| * Gerechte und leistungsfähige Weltwirtschaftsordnung | 57 |
| * Die Europäische Gemeinschaft als regionaler Zusammenschluß | 58 |
| * Nationale Verantwortung | 59 |
| - Ökologische Erneuerung | 60 |
| * Fortschritt und Wachstum | 63 |
| - Gestalten der Technik als politische Aufgabe | 64 |
| - Wirtschaftsdemokratie | 65 |
| * Markt und Staat | 66 |
| * Wirtschaftliche Macht und demokratische Kontrolle | 69 |
| * Mitbestimmung der Arbeitnehmer | 70 |
| * Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen | 70 |
| * Öffentliche Finanzen | 71 |

III

| | |
|--|----|
| 5. DEMOKRATIE IN STAAT UND GESELLSCHAFT | 72 |
| - Demokratie als Lebensform | 72 |
| - Der demokratische Staat | 73 |
| - Recht und Politik | 73 |
| - Demokratie und Öffentlichkeit | 74 |
| - Gegliederter Staatsaufbau | 75 |
| - Parlamentarische Demokratie und Mehrheitsprinzip | 75 |
| - Gewerkschaften | 76 |
| - Kirchen und Religionsgemeinschaften | 77 |
| - Bürgernahe Verwaltung | 77 |
| - Recht und Justiz | 78 |
| - Reformpolitik in der Bundesrepublik Deutschland | 79 |
| - Politische Kultur | 79 |
| | |
| V. UNSER WEG IN DIE ZUKUNFT | 80 |

I. WAS WIR WOLLEN

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen den Frieden sichern und die Natur als Grundlage des menschlichen Lebens schützen. Wir wollen die Gesellschaft menschenwürdig und sozial gerecht gestalten, Bewahrenswertes erhalten, lebensbedrohende Risiken abwenden.

Wir wollen eine Zukunft,

in der die Völker der Erde in gemeinsamer Sicherheit leben, ihre Konflikte nicht durch Wettrüsten, sondern in friedlichem Wettbewerb um ein menschenwürdiges Leben austragen,

in der eine Politik der Partnerschaft und eine Kultur des Streits den Konflikt zwischen Ost und West mildern und schließlich überwinden,

in der wir mit den Völkern Westeuropas in einem demokratischen und sozialen Bundesstaat leben, eingebettet in eine gesamteuropäische Ordnung des Friedens und der Zusammenarbeit,

in der die Völker des Südens durch eine gerechte Weltwirtschaftsordnung faire Chancen zu eigenständiger Entwicklung haben.

Wir wollen eine Weltgesellschaft, die durch eine neue Form des Wirtschaftens das Leben von Mensch und Natur auf unserem Planeten dauerhaft bewahrt.

Wir wollen die gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann verwirklichen und eine Gesellschaft ohne Klassen, Privilegien, Diskriminierungen und Ausgrenzungen schaffen.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Frauen und Männer die Chance auf humane Erwerbsarbeit haben und alle Formen der Arbeit als gleichwertig behandelt werden.

Wir wollen durch solidarische Anstrengung Wohlstand für alle erreichen und gerecht verteilen.

Wir wollen Demokratie in der ganzen Gesellschaft, auch in der Wirtschaft, im Betrieb und am Arbeitsplatz verwirklichen, wirtschaftliche Macht begrenzen und demokratisch kontrollieren.

Wir wollen, daß wirtschaftliche Grundentscheidungen, vor allem darüber, was wachsen und was schrumpfen soll, demokratisch getroffen werden.

Wir wollen, daß die Bürger über die Gestaltung der Technik mitbestimmen, damit die Qualität von Arbeit und Leben verbessert wird und die Risiken der Technik gemindert werden.

Wir wollen einen modernen demokratischen Staat, getragen vom politischen Engagement der Bürgerinnen und Bürger, der zur Durchsetzung gesellschaftlicher Ziele fähig ist und sich an neuen Aufgaben wandelt und bewährt.

Bloßes Fortschreiben bisheriger Entwicklungen ergibt keine Zukunft mehr.

Der Fortschritt, den wir wollen, zielt nicht auf Quantität, sondern auf Qualität, auf eine höhere Qualität menschlichen Lebens. Er verlangt Umdenken, Umsteuern, Auswählen und Gestalten, vor allem in Technik und Wirtschaft.

Je gefährdeter die Welt, desto nötiger der Fortschritt. Wer Bewahrenswertes erhalten will, muß verändern: Wir brauchen einen Fortschritt, der den Frieden nach innen und außen sichert, das Leben von Mensch und Natur bewahrt, Angst überwindet und Hoffnung weckt. Wir brauchen einen Fortschritt,

der unsere Gesellschaft freier, gerechter und solidarischer macht. Ohne diesen Fortschritt hätte der Rückschritt freie Bahn. Darum wollen wir Sozialdemokraten gemeinsam mit den demokratischen Sozialisten aller Länder für ihn arbeiten.

II. DIE GRUNDLAGEN UNSERER POLITIK

1. GRUNDERFAHRUNGEN UND GRUNDWERTE

Die bürgerlichen Revolutionen der Neuzeit brachten einen historischen Fortschritt, allerdings haben sie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mehr beschworen als verwirklicht. Die kapitalistische Produktionsweise bewirkte - trotz Rechtsstaat und Parlamentarismus - erst einmal Abhängigkeit statt Freiheit, Ausbeutung statt Gleichheit, verschärfte Klassengegensätze statt Geschwisterlichkeit.

Deshalb hat die Arbeiterbewegung die Ideale der bürgerlichen Revolutionen eingeklagt: Eine solidarische Gesellschaft mit gleicher Freiheit für alle Menschen. Es ist ihre historische Grunderfahrung, daß Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig.

Demokratische Sozialisten haben gesellschaftliche Verhältnisse immer als von Menschen geschaffen und veränderbar verstanden. Sie wollen Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung. Die Herrschaft des Kapitals über die Menschen, der toten über die lebendige Arbeit, des Gewinns über menschliche Bedürfnisse, von Klassen über Klassen, von Männern über Frauen, soll einer Ordnung weichen, die auf der Grundlage allgemeinen Wohlstands jedem Menschen ein Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ermöglicht.

Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung führt die Tradition der demokratischen Volksbewegungen des neunzehnten Jahrhunderts fort und will daher beides: Demokratie und Sozialismus, Selbstbestimmung des Volkes in Politik und Arbeitswelt.

Demokratie und Sozialismus waren für uns von Anfang an untrennbar. Freiheit und Gleichheit werden erst durch Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft für alle erfahrbar. Dieser Ursprungsidee ist die Sozialdemokratie stets treu geblieben.

Dennoch ist ihre Geschichte nicht frei von Fehlern und Irrtümern: im Ersten Weltkrieg enttäuschte die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Europas viele in der Hoffnung, sie könne den Frieden erzwingen. Entzweit über das Verhältnis von nationalen zu internationalen Aufgaben der Arbeiterklasse spaltete sie sich schließlich in demokratische Sozialisten, die durch Reformen in der parlamentarischen Demokratie eine bessere Ordnung der Gesellschaft erstrebten, und Kommunisten, die vorgeblich im Namen der Arbeiterklasse die Diktatur ihrer Partei errichteten.

Die deutschen Sozialdemokraten übernahmen am Ende des Ersten Weltkrieges erstmals nationale Regierungsverantwortung. Sie erwiesen sich als zuverlässigste Stütze der ersten deutschen Demokratie und begannen mit dem Aufbau des demokratischen Sozialstaats. Die Arbeiterbewegung konnte die nationalsozialistische Gewaltherrschaft nicht verhindern. Ihr Widerstand legitimierte jedoch den besonderen Anspruch der Sozialdemokratie, beim Aufbau der zweiten deutschen Demokratie prägend mitzuwirken. Die Erfahrungen mit Diktatur und Terror lassen uns besonders wachsam sein gegenüber der Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen und gegenüber einem Wiederaufleben ihrer Ideologien. Der Widerstand vertiefte die Erfahrung, daß auch Menschen unterschiedlicher Glaubenshaltungen und politischer Grundüberzeugungen gemeinsam für gleiche politische Ziele arbeiten können.

Beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland hat die Sozialdemokratie dazu beigetragen, daß der demokratische Sozialstaat ausgebaut, die Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen durchgreifend verbessert und die alten Klassengegensätze gemildert wurden. Daran hat die neu geschaffene Einheitsgewerkschaft wesentlichen Anteil.

Die politischen Mehrheitsverhältnisse verhinderten, daß sozialdemokratische Reformpolitik undemokratische Grundstrukturen des überkommenen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems tiefgreifend verändern konnten. Die Macht der Großwirtschaft, das Übergewicht der Kapitaleigner und Unternehmensmanager konnten eingeschränkt, aber nicht überwunden werden. Die Einkommens- und Vermögensverteilung blieb ungerecht.

Das Godesberger Programm versteht Demokratischen Sozialismus als Aufgabe, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität durch Demokratisierung der Gesellschaft, durch soziale und wirtschaftliche Reform zu verwirklichen. Die Sozialdemokratische Partei stellte sich in Godesberg als das dar, was sie seit langem war: Die linke Volkspartei. Sie wird es bleiben.

Wir sind stolz darauf, in der Tradition einer Bewegung zu stehen, die niemals Krieg, Unterdrückung oder Gewaltherrschaft über unser Volk gebracht, sondern aus rechtlosen Proletariern selbstbewußte Staatsbürger gemacht hat.

Sozialdemokraten stehen, seit es sie gibt, für Frieden und internationale Zusammenarbeit. Inzwischen ist der Internationalismus der sozialdemokratischen Tradition zur einzig verantwortbaren Realpolitik geworden.

In unserer Geschichte wurzeln die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. Sie bilden auch künftig das Fundament unserer Reformpolitik.

Unsere geschichtlichen Wurzeln

In der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands arbeiten Menschen verschiedener Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen zusammen. Der Demokratische Sozialismus in Europa hat seine geistigen Wurzeln im Christentum und in der humanistischen Philosophie, in der Aufklärung, in Marx'scher Geschichts- und Gesellschaftslehre und in den Erfahrungen der Arbeiterbewegung. Die Ideen der Frauenbefreiung sind bereits im 19. Jahrhundert von der Arbeiterbewegung aufgenommen und weiterentwickelt worden. Wir haben mehr als 100 Jahre gebraucht, diese Ideen wirksam werden zu lassen. Wir begrüßen und achten persönliche Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen. Sie können niemals Parteibeschlüssen unterworfen sein.

Unser Bild vom Menschen

Wir Sozialdemokraten haben nicht alle dasselbe Verständnis vom Menschen, seiner Bestimmung und dem Sinn seines Lebens. Wie auch immer wir die Würde des Menschen begründen, sie ist Ausgangs- und Zielpunkt unseres Handelns. Für uns alle gilt der Satz, mit dem die Vereinten Nationen ihre Erklärung der Menschenrechte einleiten: "Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen."

Gemeinsam verstehen wir den Menschen als Natur-, Individual- und Gesellschaftswesen. Als Teil der Natur kann er nur in und mit der Natur leben. Seine Individualität entfaltet er nur in Gemeinschaft mit seinen Mitmenschen.

Der Mensch, weder zum Guten noch zum Bösen festgelegt, ist lernfähig und vernunftfähig. Daher ist Demokratie möglich. Er ist fehlbar, kann irren und in Unmenschlichkeit zurückfallen. Darum ist Demokratie nötig. Weil der Mensch offen ist und

verschiedene Möglichkeiten in sich trägt, kommt es darauf an, in welchen Verhältnissen er lebt. Eine neue und bessere Ordnung, der Würde des Menschen verpflichtet, ist daher möglich und nötig zugleich.

Die Würde des Menschen verlangt, daß er sein Leben in Gemeinschaft mit anderen selbst bestimmen kann. Frauen und Männer sollen gleichberechtigt und solidarisch zusammenwirken. Alle sind für menschenwürdige Lebensbedingungen verantwortlich. Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und Nützlichkeit.

Menschenrechte

Wir sind den Menschenrechten verpflichtet. Staat und Wirtschaft sind für die Menschen und ihre Rechte da, nicht umgekehrt.

Individuelle und soziale Menschenrechte können einander nicht ersetzen. Sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Auch kollektive Rechte dienen der Entfaltung des Individuums.

Nur wo soziale Menschenrechte verwirklicht sind, können individuelle Menschenrechte von allen wahrgenommen werden. Nur wo die Respektierung individueller Menschenrechte freien Meinungsstreit und politisches Engagement erlaubt, können Menschen ihr Recht auf ausreichende Ernährung, Wohnung, Arbeit und Bildung geltend machen. Nur zusammen ermöglichen individuelle und soziale Menschenrechte menschenwürdiges Leben.

Unser Verständnis von Politik

Politik ist eine notwendige Dimension menschlichen Zusammenlebens. Wo immer Information verbreitet oder vorenthalten, Bewußtsein oder Lebensverhältnisse verändert, Meinung gebildet, Wille geäußert, Interessen vertreten werden, vollzieht sich Politik.

Politischem Handeln sind Grenzen gezogen. Sie lassen sich nicht ohne Schaden für den einzelnen und die Gesellschaft überschreiten. Irrtum und Schuld, Krankheit und Unglück, Schmerz und Verzweiflung, Versagen und Scheitern gehören auch in einer Gesellschaft der Freien und Gleichen zum Leben des Menschen.

Politik kann nur Bedingungen für ein sinnerfülltes Leben schaffen. Wenn sie selbst Glück und Erfüllung bewirken will, läuft sie Gefahr, in totalitäre Reglementierung abzugleiten.

Politik muß jedoch mehr und anderes sein als das Verwalten des unvermeidlich Gewordenen; um glaubwürdig sein und bleiben zu können, muß sie sich Handlungsspielräume sichern und neuen Aufgaben stellen. Überläßt sie die Weichenstellungen für Technik und Wachstum wirtschaftlichen Interessen, so handelt sie sich Sachzwänge ein, die sie nur noch vollziehen kann.

Politik beschränkt sich nicht auf Institutionen des Staates. Der demokratische Staat bezieht seine Inhalte von den gesellschaftlichen Kräften. Er ist nicht Selbstzweck, sondern Instrument zur Gestaltung von Gesellschaft. Politische Parteien vermitteln zwischen Gesellschaft und Staat, indem sie gesellschaftliche Impulse und Erfordernisse aufgreifen und in Gesetzgebung und Regierungshandeln umsetzen.

Politik, die mehr sein will als der Vollzug wirklicher oder angeblicher Sachzwänge, muß getragen oder durchgesetzt werden vom Bewußtsein und Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Sie wird möglich als Resultat eines freien, im Ergebnis offenen Bürgerdialogs, der die Kräfte der Gesellschaft fordert und einbezieht, Information vermittelt, Problembewußtsein schafft, Urteilsfähigkeit fördert und schließlich zu Konsens oder klaren Mehrheiten führt.

Der Bürgerdialog ist Ausdruck demokratischer Kultur. Er rückt ins Zentrum der Politik, wo - wie bei der Gestaltung der

Technik - Entscheidungen zu treffen sind, die alle angehen und später nur schwer zu verändern sind.

Für den Bürgerdialog sind Meinungs- und Medienfreiheit unerlässlich. Darüber hinaus müssen alle Bürgerinnen und Bürger das Recht und die Möglichkeit haben, zu Themen, die ihre oder ihrer Nachkommen Lebenschancen berühren, ihre Meinung zu erarbeiten und zu verbreiten. Staat und Wissenschaft müssen die Voraussetzungen zu einer fundierten Meinungsbildung schaffen.

Bürgerdialog bedeutet mehr Demokratie, nicht mehr Staat.

Grundwerte des Demokratischen Sozialismus

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. Sie sind unser Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit, Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft und zugleich Orientierung für das Handeln des einzelnen Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokratie erstrebt eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben mitwirken kann.

Der Mensch ist als Einzelwesen zur Freiheit befähigt. Die Chance zur Entfaltung seiner Freiheit ist aber stets eine Leistung der Gesellschaft. Freiheit ist für uns die Freiheit eines jeden, auch und gerade des anders Denkenden. Freiheit für wenige wäre Privileg.

Die Freiheit des anderen ist Grenze und Bedingung der Freiheit des einzelnen. Freiheit verlangt Freisein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und Furcht, aber auch die Chance, individuelle Fähigkeiten zu entfalten und in Gesellschaft und Politik verantwortlich mitzuwirken.

Nur wer sich sozial ausreichend gesichert weiß, kann seine Chance zur Freiheit nutzen. Auch um der Freiheit willen wollen wir gleiche Lebenschancen und umfassende soziale Sicherung.

Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, gleiche Chancen der politischen und sozialen Teilhabe und der sozialen Sicherung. Sie verlangt die gesellschaftliche Gleichheit von Mann und Frau.

Gerechtigkeit erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur.

Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichförmigkeit, sondern Entfaltungsraum für individuelle Neigungen und Fähigkeiten aller.

Gerechtigkeit, das Recht auf gleiche Lebenschancen, muß mit den Mitteln staatlicher Macht angestrebt werden. Solidarität, die Bereitschaft, über Rechtsverpflichtungen hinaus füreinander einzustehen, läßt sich nicht erzwingen.

Solidarität hat die Arbeiterbewegung im Kampf für Freiheit und Gleichheit geprägt und ermutigt. Ohne Solidarität gibt es keine menschliche Gesellschaft.

Solidarität ist zugleich Waffe der Schwachen im Kampf um ihr Recht und Konsequenz aus der Einsicht, daß der Mensch der Mitmenschen bedarf. Wir können als Freie und Gleiche nur dann menschlich miteinander leben, wenn wir füreinander einstehen und die Freiheit des anderen wollen.

Wer in Not gerät, muß sich auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen können.

Solidarität gebietet auch, daß die Menschen in der Dritten Welt die Chance für ein menschenwürdiges Leben erhalten. Kommende Generationen, über deren Lebenschancen wir heute entscheiden, haben Anspruch auf unsere Solidarität.

Solidarität ist auch nötig, um individuelle Entfaltungschancen zu erweitern. Nur gemeinsames Handeln, nicht egoistischer Individualismus schafft und sichert die Voraussetzungen individueller Selbstbestimmung.

Unsere Grundwerte bedingen und stützen einander. Sie entfalten ihren Sinn nur, wenn sie als gleichrangig, einander erläuternd, ergänzend und begrenzend angesehen werden.

Diese Grundwerte zu verwirklichen und die Demokratie zu vollenden, ist die dauernde Aufgabe des Demokratischen Sozialismus.

2. DIE WELT, IN DER WIR LEBEN

Industrielle Revolution und moderne Technik haben in Teilen der Welt einen geschichtlich beispiellosen Wohlstand geschaffen, der durch den Ausbau des Sozialstaats und die Politik der Gewerkschaften allen zugute gekommen ist. Not und Elend wurden in den Industrieregionen zurückgedrängt, mancherorts sogar überwunden, der demokratische Sozialismus wird dafür eintreten, daß den Menschen in aller Welt ein Anteil an dieser Entwicklung gesichert wird.

X Die Überwindung des Mangels bei uns wurde mit neuen Gefährdungen für Mensch und Natur bezahlt. Die Dynamik der industriellen Zivilisation läßt alte Ungerechtigkeiten bestehen und schafft darüber hinaus neue Bedrohungen für Freiheit und Gerechtigkeit, Gesundheit und Leben.

Nie zuvor verfügten Menschen über so gewaltige Macht.

Mit der Gentechnik können sie die Evolution in die eigene Hand

nehmen. Die Entfesselung des Atoms kann zur Ausrottung der menschlichen Gattung führen.

Aber das Bewußtsein erhöhter Verantwortung wächst.

Die Gefahr, daß die Menschheit sich durch atomare, chemische oder biologische Massenvernichtungsmittel auslöscht, ist nicht gebannt.

Aber der Widerstand gegen den Rüstungswahn wird stärker. Abrüstung ist in greifbare Nähe gerückt. Das Freund-Feind-Denken schwindet.

Durch Vergiftung von Boden, Wasser und Luft sterben Wälder und Meere, Pflanzen und Tiere. Wir entziehen uns selbst die Lebensgrundlagen.

Aber ökologisches Denken gewinnt an Kraft. Neue, aber auch voreilig für veraltet erklärte Techniken und Verfahren machen naturgerechtes Wirtschaften möglich.

Kein Land ist für sich allein lebensfähig. Klimatische Veränderungen oder der Abbau der schützenden Ozonschicht kümmern sich nicht um nationale Grenzen. Kriege treffen auch unbeteiligte Völker. Wirtschaftliche Krisen oder Erfolge in einem Teil der Erde wirken sich auf alle anderen aus. Die Weltgesellschaft ist Wirklichkeit, eine gerechte Friedensordnung ist jedoch noch in weiter Ferne. Aber die Einsicht wächst, daß sie notwendig ist. Gemeinsame Aufgaben zwingen zu Frieden und internationaler Zusammenarbeit.

Die Konzentration wirtschaftlicher Macht in immer weniger Händen scheint unaufhaltsam, der weltweite Wettlauf um Märkte und knappe Hilfsquellen unvermeidlich zu sein. In immer kürzerer Zeit bewegen sich Kapitalströme um den Erdball. Gigantische multinationale Konzerne planen ihre Gewinnstrategien weltweit, unterlaufen demokratische Kontrollen und erzwingen politische Entscheidungen. Expansionsmacht und Gewinnstreben schaffen gewaltigen Reichtum, erniedrigen aber gleichzeitig unzählige Menschen und ganze

Nationen. Sie begrenzen unseren nationalen Handlungsspielraum. Globale Konjunktur- und Strukturkrisen lassen Wirtschaftsregionen zusammenbrechen. Andererseits schließen sich Staaten erfolgreich zu regionalen Gemeinschaften zusammen. Gewerkschaften beginnen nationale Grenzen zu überwinden.

Abhängig von Banken, Rohstoffbörsen, Konzernen und Staaten des Nordens, durch den Protektionismus der Industriestaaten in ihrer eigenständigen Entwicklung behindert, zum Manövriertfeld des Ost-West-Konflikts erniedrigt, oft von korrupten Eliten ausgebeutet, ringt der Süden um seine Zukunftschance. Je bedrückender das Elend, desto stürmischer das Bevölkerungswachstum, desto rascher die Zerstörung der Natur, desto geringer die Chance eigenständiger Ernährung, desto demütigender die Abhängigkeit von Entscheidungen im Norden. Aber die Armen wehren sich gegen Bevormundung und Ausbeutung. Sie schließen sich zusammen und suchen nach eigenen Wegen. Und auch der Norden beginnt zu erkennen, welche Gefahr die Verelendung des Südens für alle Menschen birgt. Das Bewußtsein gemeinsamer Verantwortung wächst in Ost und West.

Neue Technologien, insbesondere der Information und Kommunikation, prägen Arbeitswelt, Öffentlichkeit und zunehmend private Beziehungen. Sie bedrohen die Qualität der Arbeit, die Arbeitsplätze und die demokratische Willensbildung; wo immer ihr Einsatz einseitig an Gewinn- oder Machtinteressen ausgerichtet ist, verstärken sie Tendenzen der Manipulation und Überwachung.

Andererseits eröffnen sie neue Chancen für humanere Arbeitsorganisation, mehr Transparenz, bessere Information und Teilhabe.

Der Staat wird zum überforderten Reparaturbetrieb. Er soll durch soziale Nachsorge oder nachhinkenden Umweltschutz reparieren, was durch ökologisch und sozial unverantwortliches Wirtschaften zerstört wurde.

Aber immer mehr Menschen begreifen, daß Vorsorge und Gestaltung unabweisbar sind.

Das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft ändert sich. Der einzelne, ohne feste Einbindung und ohne die Erfahrung von Gemeinschaft, sieht sich oft allein einer fremden und anonymen Gesellschaft gegenüber, die ihn durch immer neue Wahlmöglichkeiten zugleich fasziniert und überfordert. Aber die Möglichkeit, frei zu wählen, wird nur dann zu mehr Freiheit und individueller Entfaltung führen, wenn sie in einen persönlichen Lebensentwurf eingeordnet und in Solidarität mit anderen wahrgenommen wird.

Noch immer leben wir in einer männlich bestimmten Gesellschaft. Die Organisation der Arbeit und des gesellschaftlichen Lebens benachteiligt die Frauen. Aber die Frauen erkämpfen sich zunehmend ihre Rechte.

Viele Menschen leiden unter der Kluft zwischen dem, was politisch zu tun wäre und dem, was geschieht. Sie erwarten nichts mehr von Politik, ziehen sich ins Private und in kleine Gemeinschaften zurück oder fliehen vor der Wirklichkeit in neue Abhängigkeiten.

Wir Sozialdemokraten wollen beweisen, daß Politik der Mühe wert ist. Wir stellen uns den Gefährdungen unserer Zeit. Ohne uns von mächtigen Interessengruppen einschüchtern zu lassen, suchen wir den Dialog mit den Menschen, die sich mit uns an das Umsteuern, Planen und Gestalten heranwagen.

III. FRIEDEN IN GEMEINSAMER SICHERHEIT

Aufgabe Frieden

Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Wir werden den Frieden nur sichern, wenn wir gemeinsam Frieden stiften. Frieden bedeutet nicht nur das Schweigen der Waffen, Frieden bedeutet auch das Zusammenleben der Völker ohne Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung. Friedenspolitik umfaßt auch Zusammenarbeit der Völker in Fragen der Ökonomie, Ökologie, Kultur und Menschenrechte.

Friedenspolitik muß Machtkonflikte entschärfen, Interessenausgleich suchen, gemeinsame Interessen aufgreifen, dem Vormachtstreben der Weltmächte durch regionale Zusammenschlüsse entgegenwirken und den Systemgegensatz im friedlichen Wettbewerb und in einer Kultur des politischen Streits austragen.

Friedenspolitik muß die Vorherrschaft militärischer, bürokratischer und rüstungswirtschaftlicher Interessen brechen und Rüstungsproduktion in die Produktion ziviler Güter überführen.

Friedenspolitik muß sich auf Friedenserziehung stützen.

Wir wollen die atomare Abschreckung überwinden, indem wir blockübergreifend Sicherheit organisieren. Dazu gehört, daß der Weltraum von Waffen frei bleibt. Die Bundesrepublik Deutschland darf atomare Waffen nicht herstellen, besitzen oder verwenden.

Wir wollen die Dynamik der Aufrüstung brechen und eine Dynamik der Abrüstung in Gang setzen.

Wir wollen den Export von Waffen und Rüstungsgütern verhindern.

Gemeinsame Sicherheit

Ost und West haben den Versuch, Sicherheit gegeneinander zu errüsten, mit immer mehr Unsicherheit für alle bezahlt.

Kein Land in Europa kann heute sicherer sein als der mögliche Gegner. Jeder muß also schon im eigenen Interesse Mitverantwortung übernehmen für die Sicherheit des anderen. Darauf beruht das Prinzip gemeinsamer Sicherheit. Es verlangt, daß jede Seite der anderen Existenzberechtigung und Friedensfähigkeit zubilligt.

Gemeinsame Sicherheit bewirkt Entspannung und braucht Entspannung. Gemeinsame Sicherheit kann Bedrohungsängste abbauen, die Konfrontation der Blöcke und schließlich die Blöcke selbst überwinden.

Bis dahin findet die Bundesrepublik Deutschland das ihr erreichbare Maß an Sicherheit im Atlantischen Bündnis, vorausgesetzt, sie kann ihre eigenen Sicherheitsinteressen dort einbringen und durchsetzen, auch ihr Interesse an gemeinsamer Sicherheit.

Im Bündnis muß der Grundsatz gleicher Souveränität gelten. Das Bündnis muß voll verteidigungsfähig, strikt defensiv und entspannungsbereit sein. Der politische Wille muß über die Militärtechnik herrschen, nicht umgekehrt. Friede ist eine politische, keine waffentechnische Aufgabe.

Gemeinsame Sicherheit verlangt den Abbau von atomaren und konventionellen Drohpotentialen bis hin zur beiderseitigen strukturellen Angriffsunfähigkeit. Der Prozeß dahin soll durch begrenzte einseitige Schritte und Signale beschleunigt werden. Dazu gehört die Begrenzung der Rüstungsausgaben.

Atom- und chemiewaffenfreie Zonen in Europa dienen der gemeinsamen Sicherheit. Wir wollen solche Zonen schaffen und sie auf ganz Europa ausdehnen.

Die Bundeswehr und der Zivildienst

Die Bundeswehr hat ihren Platz im Konzept gemeinsamer Sicherheit. Sie hat ausschließlich der Landesverteidigung zu dienen. Ihr Auftrag ist Kriegsverhütung durch Verteidigungsfähigkeit bei struktureller Angriffsunfähigkeit. Die politische Führung der Bundeswehr obliegt allein der Regierung, ihre parlamentarische Kontrolle dem Bundestag.

Der Soldat bleibt auch in Uniform Staatsbürger. Wir stehen zu den Streitkräften und bejahen die Wehrpflicht.

Wir garantieren das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung. Der Zivildienst darf nicht so gestaltet werden, daß er abschreckend wirkt oder für die Streitkräfte nutzbar gemacht werden kann.

Europäische Gemeinschaft und europäische Friedensordnung

Die Vereinigten Staaten von Europa, von den Sozialdemokraten im Heidelberger Programm 1925 gefordert, bleiben unser Ziel. Westeuropa muß seine Kräfte bündeln, um sich selbst zu behaupten, aber auch, um auf eine gesamteuropäische Friedensordnung hinzuwirken.

Die Europäische Gemeinschaft ist ein Baustein einer regional gegliederten Weltgesellschaft. Sie ist eine Chance für den Frieden und die soziale Demokratie. Ganz Europa muß eine Zone des Friedens werden.

Die Europäische Gemeinschaft soll durch eine gemeinsame Außenpolitik dem Frieden dienen, ihren Völkern in den internationalen Beziehungen mehr Gewicht verleihen und der Konfrontation der Weltmächte entgegenwirken. Sie soll auch durch eine gemeinsame Sicherheitspolitik den Entspannungsprozeß befördern, mit den Ländern Osteuropas partnerschaftlich

zusammenarbeiten und damit die Spaltung Europas mildern und schließlich überwinden.

Die Europäische Gemeinschaft muß mit einer partnerschaftlichen Politik gegenüber dem Süden ein Stück der historischen Schuld der europäischen Kolonialmächte abtragen. Sie muß daher Länder und Kräfte des Südens in ihrem Streben nach eigenständiger, selbstbestimmter Entwicklung unterstützen und auf eine gerechte Weltwirtschaftsordnung hinarbeiten.

Wir wollen die Europäische Gemeinschaft zu einer demokratischen Föderation der Völker weiterentwickeln, in der allen Bürgern gleiche Freiheit und gleiche Entwicklungschancen gesichert werden.

Dies verlangt volle Rechte für das Europäische Parlament, eine handlungsfähige, parlamentarisch verantwortliche Regierung, klar umrissene Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaft und europäische Wirtschaftsdemokratie.

Unser Ziel ist eine gesamteuropäische Friedensordnung auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheit. Alle europäischen Staaten haben sich vertraglich zu verpflichten, die Prinzipien der Schlußakte von Helsinki zu verwirklichen.

In den Gesellschaften Osteuropas drängen starke Kräfte auf Wirtschaftsreformen, aber auch auf Rechtsstaatlichkeit, Demokratisierung und Humanisierung. Wir unterstützen sie. Sie sind eine Hoffnung für ganz Europa.

Gesamteuropäische Zusammenarbeit soll helfen, den Nord-Süd-Gegensatz zu überwinden, das gemeinsame Überleben aller Völker durch umfassenden Schutz der Umwelt zu sichern, die individuellen und kollektiven Menschenrechte zu verwirklichen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit bis zur gegenseitigen Abhängigkeit auszubauen, das gemeinsame Erbe Europas zu pflegen und kulturelle Kontakte zu fördern. Dazu brauchen wir auch gesamteuropäische Institutionen.

Deutschland

Von deutschem Boden muß Frieden ausgehen.

Wir wollen die Verantwortungsgemeinschaft der Deutschen mit Leben erfüllen, die gemeinsamen Interessen beider deutscher Staaten an Abrüstung, Entspannung und Zusammenarbeit geltend machen.

Die Deutschen haben wie alle Völker ein Recht auf Selbstbestimmung. Die Frage der Nation hat sich nicht erledigt, aber sie ist den Erfordernissen des Friedens untergeordnet. Es muß offen bleiben, ob und wie die Deutschen in beiden Staaten in einer europäischen Friedensordnung zu institutioneller Gemeinschaft finden. Die historischen Erfahrungen der Deutschen und ihre Entscheidung für ein gemeinsames Europa verbieten einen deutschen Sonderweg.

Keine Stadt leidet wie Berlin an der Spaltung Europas. Bedeutung und Chancen Berlins werden in dem Maße wachsen, wie sich die Europäer über Blockgrenzen hinweg begegnen und verständigen.

Nord-Süd-Politik

Die Verelendung in der Dritten Welt gefährdet den Frieden. Der Süden darf nicht Austragungsort für den Ost-West-Konflikt sein. Vielmehr muß Abrüstung in Ost und West Mittel freimachen, um den zwei Dritteln der Menschheit, die in Armut leben, Entwicklungschancen zu eröffnen.

Die erzwungene Nachahmung der Industrieländer hat den meisten Völkern des Südens geschadet. Nur wenige Länder, vor allem in Asien, haben ihre industrielle Rückständigkeit überwunden. Die Weigerung, fremde Modelle ungeprüft zu übernehmen, kann eine zweite Phase der Entkolonialisierung einleiten: jedes Land hat das Recht auf seinen eigenen Weg.

Alle Länder des Südens müssen endlich die Chance haben, sich selbst zu ernähren, ihre natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen oder wiederherzustellen, die ihnen gemäße Form von Landwirtschaft und Energieversorgung, Bildung, Beschäftigung, Industrialisierung, Gesundheitswesen und sozialer Sicherung zu finden, über einen leistungsfähigen Binnenmarkt ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen und ihre kulturelle Identität zu wahren.

Regionale Zusammenschlüsse können dies erleichtern, den Einfluß des Südens auf die Weltwirtschaft stärken und so globale Zusammenarbeit fördern.

Wo reaktionäre Kräfte eigenständige Entwicklung hemmen, unterstützen wir die Kräfte der Befreiung. Das System der Apartheid in Südafrika muß fallen.

Es erweitert den Handlungsraum des Südens, wenn wir im eigenen Land durch ökologische Erneuerung unser Entwicklungsmodell korrigieren, regenerierbare Energiequellen erschließen oder Technologien fördern, die auch im Süden verwendbar sind.

Daher kann Entwicklungspolitik nicht isolierte Aufgabe eines Ressorts bleiben. Sie ist eine Dimension politischen Handelns und muß übergreifende Aufgabe der Gesamtpolitik sein.

Norden und Süden müssen erst noch zu einer Entwicklung finden, die dauerhaften Fortschritt ermöglicht, ökologische Belastungsgrenzen respektiert und mit den Bedürfnissen der heutigen und künftigen Generationen vereinbar ist. Dauerhafte Entwicklung verlangt, daß sich die Nutzung von Ressourcen, Richtung technischer Innovation, Umfang, Standort und Zweck von Investitionen daran orientieren. Dazu müssen internationale Institutionen umgestaltet und mit entsprechenden Rechten ausgestattet werden. Wir erstreben eine neue und gerechte Weltwirtschaftsordnung, die eine dauerhafte Entwicklung für alle Länder ermöglicht.

Auf dem Weg dahin müssen die Austauschbedingungen zugunsten des Südens verändert, die Exporterlöse für Rohstoffe stabilisiert, die Schuldendienste begrenzt, der Ressourcentransfer von Nord nach Süd gefördert, die öffentliche Entwicklungsfinanzierung erweitert und die Kontrolle transnationaler Konzerne weltweit durchgesetzt werden.

Wo Entwicklungsländer auch im Interesse der Weltgesellschaft wirtschaftliche Möglichkeiten zugunsten des Umweltschutzes ungenutzt lassen, müssen die Industrieländer für den finanziellen Ausfall aufkommen.

All dies gelingt nur, wenn die Entwicklungsländer als gleichberechtigte Partner in den zuständigen internationalen Organisationen deren Reform selbst vorantreiben können. Dies gilt vor allem für Weltwährungsfonds, Weltbank und GATT.

Internationale Gemeinschaft

Die Weltgesellschaft muß sich eine Ordnung geben, durch die der Weltfrieden gesichert, wirtschaftliche Macht politisch kontrolliert, Rohstoffe, Technologie und Wissen gerecht verteilt und unsere natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft geschützt werden können.

Die Vereinten Nationen können uns diesem Ziel näherbringen. Daher muß ihre Bedeutung wachsen. Sie müssen zu einem Instrument gewaltfreier Weltinnenpolitik werden. Wir wollen sie politisch und finanziell stärken.

Je weniger sie durch die Konfrontation von Ost und West gelähmt werden, desto besser können die Vereinten Nationen Frieden vermitteln, globalen Bedrohungen entgegenwirken und den Interessen armer Länder Stimme geben. Ihre Organisation ist zu reformieren. Ihre Unterorganisationen müssen neu strukturiert und entbürokratisiert werden.

Alle Menschen haben ein Recht auf ihre Heimat, ihr Volkstum, ihre Sprache und Kultur. Ein Volksgruppenrecht, das im Einklang mit den Menschenrechten der Vereinten Nationen steht, ist unentbehrlich.

Die Sozialistische Internationale bündelt und stärkt die Kräfte des Demokratischen Sozialismus. Sie muß weiterentwickelt werden, um Wege zu einer demokratischen Weltgesellschaft ebnen zu können.

IV. DIE FREIE, GERECHTE UND SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT: EINE NEUE KULTUR DES ZUSAMMENLEBENS UND ZUSAMMENWIRKENS

Eine neue Kultur des Zusammenlebens

Kultur erweist sich im Umgang von Menschen mit Menschen, mit anderen Lebewesen und mit Dingen.

Kultur wurzelt auch in geistig-weltanschaulichen und religiösen Traditionen. Wo immer dieses Erbe lebendig ist und sich im Dialog bewährt, gehen davon ethische und soziale Impulse aus.

Kultur zeigt sich in den Formen des Zusammenlebens und in der Zuwendung zu Schwächeren. Sozialstaat und Rechtsstaat aber auch der Frieden nach innen und außen sind Kulturleistungen ersten Ranges.

Kultur muß sich aber auch im Umgang mit der Natur bewähren. Sie verlangt Rücksicht auf ihre Eigengesetzlichkeiten. Die Erhaltung und Pflege einer lebensfähigen Natur wird zur lebenswichtigen Kulturleistung.

Kultur wird auch geprägt durch die Qualität der Arbeit, der Erwerbsarbeit so gut wie der Haus-, Familien- und Eigenarbeit.

Wir wollen keine von ökonomischen Interessen manipulierte Kultur, nicht die Kommerzialisierung aller Lebensbereiche, sondern eine Wirtschaft, die sich in eine Kultur des Zusammenlebens einfügt.

Soziale Kultur wird für die meisten Menschen in Städten und Gemeinden erfahrbar. Kommunale Kultur erweist sich im zivilisierten Umgang und solidarischen Miteinander von Menschen und Gruppen am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft, bei der Diskussion öffentlicher Belange und im geselligen Beisammensein.

Kultur des Zusammenlebens bewährt und verdichtet sich in politischer Kultur, in der Fähigkeit, den notwendigen Grundkonsens mit notwendigem Streit zu verbinden.

1. DIE GLEICHSTELLUNG ALLER MENSCHEN IN EINER SOLIDARISCHEN GESELLSCHAFT

Gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann

Wir wollen eine Gesellschaft,

die nicht mehr gespalten ist in Menschen mit angeblich weiblichen und angeblich männlichen Denk- und Verhaltensweisen,

in der nicht mehr hochbewertete Erwerbsarbeit Männern zugeordnet, unterbewertete Haus- und Familienarbeit Frauen überlassen wird,

in der nicht mehr eine Hälfte der Menschen dazu erzogen wird, über die andere zu dominieren, die andere dazu, sich unterzuordnen.

Wir wollen Frauen und Männer,

die gleich, frei und solidarisch erzogen, nach eigener Wahl
in allen Bereichen der Gesellschaft wirken,

denen nach Haus-, Familien- und Erwerbsarbeit Zeit und Kraft
bleibt für Bildung, Kunst, Sport oder gesellschaftliches
Engagement.

Immer noch

ist unsere Kultur männlich geprägt,

ist das Verfassungsgebot der gesellschaftlichen Gleichheit
von Mann und Frau nicht verwirklicht,

werden Frauen in Ausbildung und Beruf benachteiligt,

werden sie in Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst, in Politik
und Medien zurückgesetzt,

wird ihnen der private Bereich, Hausarbeit und
Kindererziehung, zugewiesen,

wird die Rolle, die Frauen in der Geschichte spielten,
unterschlagen oder verfälscht,

werden Zeitabläufe und Organisationsformen von Erwerbsarbeit
und ehrenamtlicher Tätigkeit durch männliche Bedürfnisse
bestimmt,

wird ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung mißachtet.

werden Frauen Opfer männlicher Gewalt.

Doch das Bewußtsein der Frauen ändert sich rasch. Schmerzhafter
als die meisten Männer erfahren sie, daß beide, Frau und Mann,

ständig einen Teil ihrer Wünsche, Möglichkeiten und Fähigkeiten unterdrücken. Frauen sehen sich vielfach gezwungen, gegen eine männlich bestimmte gesellschaftliche Wirklichkeit anzugehen und damit auch gegen Männer, die jene weiter aufrecht erhalten wollen. Auch bei Männern wächst die Einsicht, daß die angeblich männliche Unterordnung von Gefühl und Phantasie unter Rationalität und Durchsetzungskraft sie ärmer oder gar krank macht.

Unter der Spaltung zwischen männlicher und weiblicher Welt leiden beide, Frauen und Männer. Sie deformiert beide, entfremdet beide einander.

Diese Spaltung wollen wir überwinden. Wir fangen bei uns selbst an. Der rechtlichen Gleichstellung muß die gesellschaftliche folgen. Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche überwinden.

Deshalb müssen wir Arbeit neu bewerten und anders verteilen. Wer nicht nur Erwerbsarbeit, sondern auch Haus-, Familien- und Eigenarbeit gerechter verteilen will, muß vorrangig die tägliche Arbeitszeit verkürzen. Wir erstreben als Regel den sechsstündigen Arbeitstag in der Fünfcagewoche, damit Frauen und Männer Erwerbsarbeit, Haus- und Familienarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und kulturelle Teilhabe besser miteinander verbinden können.

Darüber hinaus sollen Eltern kleiner Kinder Anspruch auf Elternurlaub und auf zusätzliche Arbeitszeitverkürzung ohne soziale Nachteile haben.

Wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz, ein Ende der Lohndiskriminierung, Förderpläne für Frauen im Beruf, Gleichstellung im Sozialversicherungsrecht durch eigenständige Ansprüche und Hilfen für die Wiedereingliederung in den Beruf. Mutterschutz, Ausfallzeiten für Elternurlaub und Krankenpflege müssen über einen Familienlastenausgleich finanziert werden,

damit nicht Sonderlasten für Einzelbetriebe zum Arbeitsplatzrisiko für Frauen werden. Öffentliche Finanzhilfen und Aufträge müssen davon abhängig gemacht werden, daß Gleichstellung verwirklicht ist.

Kindertagesstätten und Ganztagschulen gehören zu den Voraussetzungen dafür, daß Erwerbs- und Familienarbeit für Männer und Frauen vereinbar werden.

Neue Wohnformen, dezentrale soziale Dienste für Kinder und Alte, Kranke und Behinderte sollen helfen, Familienarbeit aus ihrer Isolierung zu lösen.

Bei ehrenamtlichen Tätigkeiten in Parteien, Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden, als Schöffinnen, Aufsichtsratsmitglieder oder Elternvertreter müssen Frauen die gleichen Beteiligungsmöglichkeiten haben wie Männer. Wo Überzeugungsarbeit dies nicht erreicht, sind gesetzliche Vorschriften nötig. Zur Gleichstellung in der Politik kann es notwendig werden, Wahlsysteme in Bund, Ländern und Gemeinden zu ändern.

Die Zukunft verlangt von uns allen, Frauen und Männern, vieles, was lange als weiblich galt: wir müssen uns in andere einfühlen, auf sie eingehen, unerwartete Schwierigkeiten mit Phantasie meistern, vor allem aber partnerschaftlich mit anderen arbeiten.

Erziehung soll junge Menschen darauf vorbereiten. Sie muß helfen, die Spaltung in eine männliche und eine weibliche Welt zu überwinden und die starren Rollenmuster zu durchbrechen, die diese Spaltung immer neu verfestigen.

Das Zusammenleben der Generationen

In einer Gesellschaft, in der immer mehr alte Menschen mit immer weniger jungen Menschen zusammenleben, ist Solidarität wichtiger denn je.

Wo verschieden geprägte Generationen zusammentreffen, sind Spannungen unvermeidlich. Sie werden fruchtbar, wenn Junge und Alte ihre Erfahrungen austauschen und in einer Gesellschaft, die ihnen Sicherheit und Geborgenheit vermittelt, miteinander leben und voneinander lernen können.

Familien- und Lebensgemeinschaften

Der Wandel der Gesellschaft spiegelt sich im Wandel der Lebens- und Beziehungsformen. In ihren Lebensgemeinschaften suchen Menschen Liebe, Geborgenheit, Anerkennung und Wärme. Sie gehen dazu vielfältige Formen von Bindungen ein, die auf Dauer angelegt sind. Davon ist die Ehe die häufigste und die rechtlich am klarsten verfaßte. Aber alle Formen von Lebensgemeinschaften haben Anspruch auf Schutz und Rechtssicherheit. Keine darf diskriminiert werden, auch die gleichgeschlechtliche nicht.

Wir wollen eine kinderfreundliche Gesellschaft.

Familie ist die Lebensgemeinschaft Erwachsener mit Kindern. Die gegenseitige Verantwortung von Eltern und Kindern füreinander endet nicht, wenn die Kinder erwachsen sind.

Kinder sind darauf angewiesen, in ihren Familien beständige Zuwendung und Anregung, Fürsorge und Erziehung zu erhalten, aber sie brauchen auch vielfältige Kontakte mit Gleichaltrigen.

Liebe und Zuneigung können sich am besten in den Familien entfalten, in denen Frauen und Männer gleichberechtigt und ohne materielle Abhängigkeit voneinander zusammenleben können, in denen Kinder in ihrer Entwicklung zur Eigenständigkeit konsequent und verständnisvoll unterstützt werden.

Kinder brauchen Ermutigung, damit sie sich in einer schwer durchschaubaren Welt orientieren können. Sie brauchen Förderung und Anregung durch ein Bildungssystem, das ihren Neigungen und

Interessen entgegenkommt. Sie brauchen Raum für Spiel und Bewegung, sie bedürfen des Schutzes vor seelischer und körperlicher Überforderung und Gewalt, auch vor ungehemmtem Medienkonsum.

Die Überforderung im beruflichen und gesellschaftlichen Leben schlägt auch auf den privaten Familienbereich zurück. In der Familie können nicht alle Bedürfnisse befriedigt werden, die in einer Berufswelt schonungsloser Konkurrenz keinen Platz haben. Daher müssen wir auch die Arbeitswelt verändern, damit Frauen und Männer in den Familien partnerschaftlich füreinander und für ihre Kinder Verantwortung übernehmen und gleichermaßen zu Lebensunterhalt, Erziehung und Hausarbeit beitragen können.

Staat und Gesellschaft sind auf die Leistungen der familiären Lebensgemeinschaften angewiesen. Deshalb haben sie Anspruch auf Schutz und Förderung. Staat und Gemeinden haben die Pflicht, die materiellen Belastungen der Familie wenigstens teilweise auszugleichen, Benachteiligungen abzubauen und besondere Hilfen für Alleinerziehende, Familien mit kranken oder behinderten Kindern und mit pflegebedürftigen Angehörigen bereitzustellen.

Wir wollen werdendes menschliches Leben schützen. Wir wollen Lebensverhältnisse schaffen, in denen Frauen sich nicht zum Schwangerschaftsabbruch gezwungen fühlen. Wir wissen, daß wir nicht alle menschlichen Konflikte lösen können. Wir wollen helfen, nicht strafen.

Jugendliche

Junge Menschen wollen ihr Leben selbst gestalten, unterschiedliche Lebens- und Beziehungsformen ausprobieren, mit kulturellen Ausdrucksformen experimentieren. Dazu brauchen sie materielle Unabhängigkeit.

Der rasante Wandel von Arbeit und Technik, der Verlust traditioneller Bindungen und die wechselnde Vielfalt neuer kultureller Milieus erfordern umfassende Orientierungsfähigkeit.

Wir wollen allen jungen Menschen die Chance eines eigenverantwortlichen Lebens geben. Daher müssen alle, Jungen und Mädchen, einen Ausbildungsplatz und im Anschluß auch einen Arbeitsplatz erhalten.

Damit Jugendliche ihre Freizeit selber gestalten können und nicht auf kommerzielle Angebote angewiesen sind, wollen wir den Ausbau öffentlicher und selbstbestimmter Jugendfreizeit- und Kultureinrichtungen fördern.

Wir alle brauchen die Kritik, die Experimentierfreude und den Veränderungswillen der Jungen. Wir werden Jugendverbandsarbeit, politische Jugendarbeit, selbständige Vertretungen von Schülern und Auszubildenden und die Verfaßte Studentenschaft unterstützen.

Die Älteren

Die Entwicklung neuer Lebensperspektiven endet nicht mit dem Ausscheiden aus dem Berufsleben. Für viele Menschen beginnt vielmehr ein Lebensabschnitt, in dem sie sich neuen Aufgaben zuwenden und sich alte Wünsche erfüllen können.

Ältere Menschen haben ein Recht auf gesellschaftliche und politische Teilhabe, Anerkennung ihrer Lebensleistung und materielle Sicherheit.

Auch ältere Menschen brauchen Gestaltungsräume, in denen sie, entlastet vom Druck der Jüngeren, ihre eigenen Vorstellungen entwickeln und abweichende Lebensformen erproben können. Sie müssen Gelegenheit haben, sich in Organisationen

zusammenzuschließen, die ihren Bedürfnissen entsprechen und ihre Interessen vertreten. Lebens- und Arbeitserfahrung der älteren Generation sind wertvoll für alle.

Ältere Menschen haben ein Recht auf Weiterbildung, kulturelle Betätigung und gesellschaftliche Verantwortung. Die starre Trennung zwischen Ausbildungs-, Berufs- und Ruhestandszeit muß aufgebrochen werden, damit sich eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen den Generationen herausbilden kann.

Sichere Renten, Absicherung des Pflegerisikos, ambulante Dienste, altersgerechte Wohnformen und Stadtplanungen und genügend Plätze in Einrichtungen der Altenhilfe sollen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

Wir wollen verhindern, daß alternde Menschen vereinzelt und vereinsamen, ihre sozialen Kontakte verkümmern und ihre Menschenwürde verletzt wird. Die erwachsenen Kinder können dies nicht allein. Die Gesellschaft muß sie dabei unterstützen.

Solidarität zwischen Kulturen

In der Bundesrepublik leben Menschen unterschiedlicher Nationalität, Kultur und Religion zusammen. Viele unserer ausländischen Mitbürger leiden noch immer unter kultureller und gesellschaftlicher Isolation und werden Opfer von Diskriminierung. Besonders betroffen sind ihre Kinder, die zwischen den Kulturen stehen.

Kulturelle Vielfalt ist keine Bedrohung, sie bereichert uns. Daher wollen wir alles tun, was Verständnis, Achtung und Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Nationen und Kulturen fördert, Integration und Teilhabe ermöglicht.

Wir wollen das Aufenthaltsrecht für Ausländer verbessern, ihnen das kommunale Wahlrecht geben. Das Asylrecht für politisch Verfolgte muß Grundrecht bleiben.

Überwindung der Klassengesellschaft

Als Demokratie des Grundgesetzes ist die Bundesrepublik kein Klassenstaat. Aber unsere Gesellschaft ist durch alte und neue Privilegien gekennzeichnet. Die ungerechte Verteilung von Einkommen, Vermögen und Chancen teilt die Gesellschaft in solche, die über andere verfügen und andere, über die verfügt wird und deren Selbstbestimmung und politische Mitwirkung rasch an Grenzen stößt. Das beeinflusst auch die Willensbildung in Politik und Staat.

Wir erstreben eine solidarische Gesellschaft der Freien und Gleichen ohne Klassenvorrechte, in der alle Menschen gleichberechtigt über ihr Leben und ihre Arbeit entscheiden. Die neue und bessere Ordnung, die der demokratische Sozialismus erstrebt, ist eine von Klassenschranken befreite Gesellschaft. Wir wollen sie durch Abbau von Privilegien und Vollendung der Demokratie erreichen.

2. DIE ZUKUNFT DER ARBEIT UND DER FREIEN ZEIT

Notwendige Arbeit und freie Tätigkeit

Die Bedeutung der Arbeit

Arbeit ist nicht nur Existenzbedingung, sondern entscheidende Dimension menschlichen Daseins. Durch Arbeit produzieren die Menschen nicht nur die Mittel und Dienste, die sie zum Leben brauchen, sondern bestimmen auch ihre Lebensumstände. Arbeit befriedigt menschliche Bedürfnisse und bringt neue hervor. Arbeit und Natur sind Quellen des Reichtums.

Wieviel Arbeit zu leisten ist, wie sie organisiert und verteilt wird, ist abhängig von der Entwicklung der Produktivkräfte, von kulturellen Traditionen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Dies gilt gleichermaßen für die Erwerbsarbeit, für Familienarbeit, für Gemeinschaftsarbeit und

für freie Eigenarbeit. Wie die Arbeit verteilt und zerteilt wird, wie lang, zu welchen Zeiten und in welchen Formen sie zu leisten ist, kann durch Menschen entschieden werden und ist damit politisch gestaltbar. Jede Form der Arbeit schafft Werte, kann Menschen ausfüllen und bereichern, aber auch Entfremdung bewirken und Leid zufügen. Jede Arbeitsform ist auf die anderen angewiesen. Alle zusammen bestimmen unsere Lebensqualität.

Auch Arbeitsfreude ist Lebensfreude. Im gestaltenden Umgang mit Stoff, Werkzeug und Maschine, beim Entwerfen, Planen und Organisieren, beim Leisten von Diensten, in Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit anderen Menschen in der Gesellschaft, in Betrieben und im Haushalt entwickeln Menschen ihre Persönlichkeit. Arbeitsleid entsteht aus Überlastung oder Unterforderung, aus Unterdrückung und Entfremdung in der Arbeit. Arbeitsleid kann auch Folge inhumaner Arbeitsteilung oder gesellschaftlich isolierter Arbeit sein.

Die Geschichte der gesellschaftlichen Arbeit ist zugleich Geschichte der Technik. Technik ermöglicht Reichtum und menschliches Wohlbefinden, sie kann Arbeit erleichtern. Ihre gesellschaftliche Anwendung hat jedoch auch Armut, Abhängigkeit und Entfremdung bei denen erzeugt, die kaum mehr besitzen als ihre Arbeitskraft.

Unsere Zukunft wird maßgeblich dadurch bestimmt, wie wir arbeiten. Erwerbsarbeit und unbezahlte, aber gesellschaftlich ebenso notwendige Arbeit im Haus und in der Familie werden in unserer Gesellschaft ungleich verteilt und bewertet. Dies schlägt sich in unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen und unterschiedlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Geschlechter nieder.

Die Erwerbsarbeit hat zentrale Bedeutung für das Bewußtsein und Selbstbewußtsein der Menschen. Sie vermittelt Selbständigkeit und soziale Anerkennung, bestimmt Lebensbedingungen und Entfaltungschancen, erleichtert gesellschaftliches und politisches Engagement, sichert materielle Unabhängigkeit.

Alle Formen gesellschaftlich notwendiger Arbeit müssen gleich bewertet und zwischen Männern und Frauen gleich verteilt werden. Wer Familien- und Gemeinschaftsarbeit leistet, darf im Erwerbsleben nicht benachteiligt werden.

Der gesellschaftliche Reichtum, der das Ergebnis hochproduktiver menschlicher Arbeit ist, ermöglicht drastische Verkürzungen der Erwerbsarbeitszeit und erweitert die Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Damit können alte sozialdemokratische Ziele Wirklichkeit werden:

- allgemeiner Wohlstand und soziale Sicherheit
- gerechte Verteilung der Arbeits- und Lebenschancen
- Umverteilung der Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Mann und Frau
- Bildung und Weiterbildung für alle
- mehr Zeit für Familien- und Privatleben, für Muße und Gemeinschaftsarbeit
- Selbstverwirklichung in der Arbeit
- Verbesserung der Qualität der Arbeit
- Ausbau von alternativen Organisationsformen der Arbeit
- Ausbau der Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft.

Strukturwandel der Erwerbsarbeit

Wir leben in einer Zeit, in der die Arbeit, auch infolge der technischen Veränderungen, radikalem Strukturwandel unterworfen ist. Dieser Wandel erfaßt alle ihre Formen. In der Erwerbsarbeit ist er gekennzeichnet durch flexible Automatisierung in Produktion, Dienstleistung und Verwaltung, durch die Anwendung von Bio- und Gentechnik sowie die schnelle Verbreitung neuer Werkstoffe, Produkte, Verfahren und Dienste.

Dadurch verändert sich die menschliche Arbeit. Die Menschen müssen immer mehr Informationen verarbeiten und sich auf immer raschere Veränderungen einstellen. Planen und entwickeln, steuern und überwachen, Fehler entdecken und korrigieren, gewinnt an Bedeutung. Neue, anspruchsvolle Dienste werden notwendig.

Die wachsende Intensität und Produktivität der menschlichen Arbeit ermöglicht einerseits mehr Lebensqualität, Wohlstand und Freizeit. Sie kann aber auch steigende Arbeitslosigkeit, neue körperliche und geistig-psychische Belastungen sowie neue Risiken und Gefährdungen aus der Arbeitsumwelt zur Folge haben.

Risiken für die Arbeitenden

Angesichts des Ausmaßes und der Dauer dieser Umwälzungen ist klar: ohne eine neue Politik der Arbeit, die sich dem Recht auf Arbeit verpflichtet weiß, wird Massenarbeitslosigkeit eines der zentralen gesellschaftlichen Probleme bleiben. Danr wird der Anteil der Langzeitarbeitslosen weiter steigen, werden immer mehr ältere Menschen, gering Qualifizierte, Frauen, Jugendliche und Ausländer aus dem Arbeitsmarkt ausgegliedert und wird die Zahl der ungeschützten Arbeitsverhältnisse zunehmen.

Dies kann zu einer unerträglichen Polarisierung der Lebensverhältnisse und zu einer Spaltung unseres Landes in wohlhabende und verarmte Regionen führen. Die Konkurrenz unter den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen verschärft sich. Solidarität wird erschwert. Es entwickeln sich neue Formen von Ungleichheit: Qualifikation und Leistungsbereitschaft werden weniger wichtig als die Frage, wann man geboren ist, ob man als Mann oder Frau, als Deutscher oder Ausländer zur Welt kam, ob man im Norden oder Süden der Republik, auf dem Lande oder in den Ballungsräumen lebt.

Gleichzeitig wird nicht nur die Zahl der Rentner zunehmen, sondern auch das Durchschnittsalter der Erwerbstätigen steigen.

Kapital und vernachlässigte Bedürfnisse sind reichlich vorhanden. Angesichts des Reichtums unserer Gesellschaft, angesichts der vielen unerledigten Aufgaben ist Massenarbeitslosigkeit ein Skandal, der auf Dauer auch für die Demokratie gefährlich werden kann. Unserer Gesellschaft geht die Arbeit nicht aus.

Für eine neue Politik der Arbeit

Es ist die Aufgabe eines demokratischen und sozialen Rechtsstaats, für Vollbeschäftigung zu sorgen. Arbeitslosigkeit ist kein individuelles, versicherbares Risiko auf Zeit, sondern ein gesellschaftlich verursachtes und damit politisch zu lösendes Problem.

Je länger die Krise andauert und je schwerer die ökonomischen und sozialen Kosten der Massenarbeitslosigkeit auf den Völkern lasten, desto häufiger wird versucht, der eigenen Wirtschaft durch Protektionismus Vorteile auf Kosten anderer zu verschaffen.

Sozialdemokraten halten demgegenüber ein gemeinsames Vorgehen der betroffenen Staaten gegen Massenarbeitslosigkeit für unabdingbar. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß wir bereit sind, eine wirksame Beschäftigungspolitik im eigenen Land in Gang zu setzen.

Notwendig ist eine Kombination von Maßnahmen, die

- sinnvolle, dauerhafte Beschäftigung für alle schafft und zugleich
- Umweltbelastungen, insbesondere den Energieverbrauch, wirksam und schnell vermindert,

- humanere Arbeitsbedingungen schafft,
- die Bundesrepublik als Industriestandort international wettbewerbsfähig erhält,
- Wissen, Einsatzbereitschaft und Kreativität der Menschen fördert.

Vielen Menschen fehlt es noch am Lebensnotwendigen. Eine gerechtere Einkommensverteilung schafft Nachfrage und damit Arbeitsplätze.

Ökologische Erneuerung schafft zusätzliche Arbeit. Dies gilt für die Aufarbeitung von Altlasten wie auch für Umweltvorsorge, für naturgerechte Landwirtschaft, den Umbau des Verkehrswesens und des Energiesystems. Wo Energie gespart, Energieversorgung dezentralisiert, Müll wiederaufgearbeitet, umweltschädliche Güter durch umweltfreundliche ersetzt werden, entsteht Arbeit. Städte und Dörfer müssen erneuert, Wohnungen modernisiert, Nahverkehrssysteme ausgebaut, Kulturschätze erhalten werden.

Die Nachfrage nach öffentlich finanzierten Diensten wächst ständig. Bildung, Weiterbildung, Forschung und Wissenschaft brauchen Menschen. Kinder müssen betreut, Jugendarbeit geleistet, Kranke und immer mehr Alte gepflegt, Ausländer und ihre Kinder eingegliedert, Behinderte betreut und integriert, Suchtkranke geheilt, psychisch Gefährdete begleitet, Straffällige resozialisiert, Hilfe zur Selbsthilfe organisiert werden. Die sozialen Dienste müssen zu einem flächendeckenden Netz ambulanter und stationärer Hilfen verbunden werden.

Arbeitszeitverkürzung - Beitrag zur Vollbeschäftigung und Zeitsouveränität

Steigerung der Produktivität verringert den Umfang notwendiger Erwerbsarbeit. Wir wollen diese Tendenz zur Verkürzung der Arbeitszeit nutzen, wobei kürzere

Arbeitszeit nicht automatisch kürzere Maschinenlaufzeit bedeutet.

Kürzere Arbeitszeiten sind erst recht nötig, wenn Erwerbsarbeit allen Frauen und Männern zugänglich wird. Soll die partnerschaftliche Teilung der häuslichen Arbeit gelingen, muß die tägliche Arbeitszeit verringert werden. Daher streben wir den sechsstündigen Arbeitstag in der 30-Stunden-Woche als Regel an.

Bei kürzerer Regelarbeitszeit wird gerechte Einkommensverteilung noch wichtiger. Löhne und Gehälter sollten daher nach Einkommensgruppen differenziert erhöht werden.

Flexiblere Arbeitszeiten führen nur dann zu mehr Zeitsouveränität, wenn sie arbeitnehmerorientiert und kollektiv abgesichert sind. Dabei ist auf Arbeitsrhythmen zu achten, die der Gesundheit, der persönlichen Leistungsfähigkeit und sozialen Beziehungen zuträglich sind. Der Samstag soll nicht zum Regelarbeitstag, Sonntagsarbeit nur in zwingenden Ausnahmefällen zugelassen werden. Die Nachtarbeit wollen wir, weil sie gesundheitsschädlich ist, auf Ausnahmefälle beschränken. Überstunden sind gesetzlich zu begrenzen.

Arbeitsverhältnisse sollen auch materiell so ausgestattet werden, daß den lohnabhängig Beschäftigten eine verlässliche Lebensplanung ermöglicht wird.

Alle Männer und Frauen sollen die Möglichkeit erhalten, Erwerbsarbeit zu reduzieren oder zu unterbrechen,
um sich der Kindererziehung zu widmen,
um sich weiterzubilden, auch in einem Weiterbildungsjahr,
um Alte, Kranke oder Behinderte zu pflegen,
um einen gleitenden Übergang in den Ruhestand zu finden.

Wir werden dafür sorgen, daß in diesen Fällen der Platz im Erwerbsleben und die soziale Sicherung rechtlich garantiert sind. Wir werden Modelle zur Finanzierung erarbeiten und gemeinsam mit den Tarifparteien durchsetzen. Darüber hinaus wollen wir die arbeitsrechtliche Möglichkeit für ein Sabbat-Jahr schaffen.

Ungeschützte Arbeitsverhältnisse darf es nicht geben. Leiharbeit ist zu verbieten.

Für eine menschengerechte Gestaltung der Arbeitswelt

Unsere Forderungen für die Gestaltung der Erwerbsarbeit sind: Humanisierung, Qualifizierung und Demokratisierung. Diese drei Aufgaben bedingen einander.

Humanisierung der Arbeitswelt soll auf jedem Entwicklungsstand der Technik, in allen Organisationsformen menschenwürdige Arbeitsbedingungen gewährleisten. Dabei sind die steigenden Ansprüche der Menschen zu berücksichtigen.

Humane Gestaltung der Arbeitswelt verlangt, daß Menschen nicht durch gesundheitsbelastende Arbeitsbedingungen verschlissen werden. Gesundheitsgefährdende Arbeitsstoffe, Lärm, Hitze, Gase und Staub, aber auch jede Technik, die Monotonie und nervliche Belastung steigert, Kontrolle und Entfremdung verschärft und Eigenverantwortlichkeit mindert, können nicht hingenommen werden.

Wir wollen menschengerechte Technologien und Organisationsformen fördern, den Arbeits- und Gesundheitsschutz verbessern. Zur Humanisierung der Arbeit gehört auch Mitbestimmung bei der Feststellung von Mängeln und bei der Gestaltung von Arbeit.

Eine Erneuerung der Arbeitswelt setzt bei den kreativen, organisatorischen, fachlichen und sozialen Fähigkeiten der Menschen an. Die Menschen brauchen sinnvolle Arbeitsinhalte, ausgeweitete Handlungsspielräume, mehr Autonomie, verbesserte Qualifizierung sowie verstärkte Mitbestimmung und Beteiligung.

Die Verbesserung der Qualität der Arbeit muß mit einer verbesserten Qualifizierung der Arbeitenden einhergehen. Deshalb müssen jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin das Recht auf lebenslange Aus- und Weiterbildung in der Erwerbsarbeitszeit haben. Der Anspruch auf Bildungsurlaub ist zu erweitern und gesetzlich abzusichern.

Neue Technik macht neue Formen der Arbeitsorganisation möglich. Monotonie und Zerstückelung der Arbeit kann überwunden, partnerschaftliche Zusammenarbeit kann die Regel werden. Dies ist nicht nur menschengerechter, sondern vielfach auch effektiver. Wo technische Innovation Arbeit in hierarchischen Zwängen überflüssig oder überwindbar, die Dezentralisierung und Demokratisierung der Arbeit in Betrieben hingegen möglich macht, muß die Chance genutzt werden. Erwerbsarbeit, die an vielen Stellen Fremdbestimmung durch gemeinschaftliche und individuelle Gestaltung ersetzt, ist keine Utopie mehr.

Menschen, die Erwerbsarbeit auslaugt, abstumpft oder demütigt, können in ihrer freien Zeit diese Schädigungen nicht wettmachen. Darum ist humane, demokratisch organisierte Arbeit ausschlaggebend für ein menschenwürdiges Leben.

Demokratisierung zielt auf Befreiung in der Arbeit. Sie muß durch die Arbeitenden selbst verwirklicht werden. Ausweitung der Mitbestimmungskompetenzen soll aus Wirtschaftsuntertanen Wirtschaftsbürger machen.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen darüber mitbestimmen, welche Arbeit mit welcher Zielsetzung in welchen Organisationsformen zu welchen Zeiten geleistet werden soll. Mitbestimmung ist weiter nötig, wo über neue Möglichkeiten der Beschäftigung, ökologische und soziale Verträglichkeit von Arbeitsplätzen zu entscheiden ist.

Familienarbeit

Kindererziehung und Familienarbeit machen unsere Gesellschaft lebensfähig. Sie müssen gesellschaftlich anerkannt und sozial abgesichert werden. Humanisierung, Verkürzung und angemessene Verteilung der Erwerbsarbeit kommen auch der Haus- und Familienarbeit zugute. Wie die Erwerbsarbeit ist die Haus- und Familienarbeit Aufgabe beider Geschlechter. Wie andere Arbeitsformen bietet sie die Chance der Selbstverwirklichung, sie kann aber auch Menschen überfordern und in ihrer Entwicklung behindern.

Erwerbsarbeitsplätze in der Nähe der Wohnung erhöhen die Lebensqualität und erleichtern die Verbindung von Erwerbsarbeit und Haus- und Familienarbeit. Sie sind zu erhalten oder neu zu schaffen. Familiengerechte Wohnungen, dezentrale Einkaufsmöglichkeiten und gemeinschaftliche Werkstätten erleichtern die Arbeit in Haus und Familie.

Erziehungs- und Pflegezeiten sind in der Altersversorgung anzurechnen. In den ersten drei Lebensjahren eines Kindes müssen Vater und Mutter Anrecht auf bezahlten Elternurlaub bekommen. Wer zur Kindererziehung aus dem Erwerbsleben ausgeschieden ist, muß Anspruch auf Wiedereingliederung haben. Bei Einstellungen und beruflichem Aufstieg sind Erziehungs- und Pflegezeiten zu berücksichtigen.

Freie Tätigkeiten und Muße

Noch immer ist selbstbestimmtes Arbeiten für viele nur außerhalb der Erwerbsarbeit möglich. Darum vergrößert sich mit der Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit auch die Chance, eigenen Neigungen nachzugehen. Wir wollen die von notwendiger Arbeit freie Zeit nicht der Freizeitindustrie überlassen.

Alle müssen die Chance bekommen, sich für Nachbarschaft oder Umwelt, für gewerkschaftliche oder politische Aufgaben zu engagieren. Es muß für alle möglich werden, nach eigener Wahl kreativ zu sein, sich Musik, Literatur oder bildender Kunst zu widmen, Sport zu treiben, sich in Garten oder Werkstatt zu betätigen. Kommunalpolitik und Bildungswesen müssen die Voraussetzungen dafür verbessern.

Menschliches Leben vollzieht sich im Rhythmus von Arbeit und Muße, Anspannung und Entspannung. Viele Menschen finden in Eigenarbeit Erholung und Lebensfreude. Zum menschlichen Leben gehört aber auch Muße, Spiel und Unterhaltung, Reisen und Wandern, Liebe und Geselligkeit, Traum und Besinnung. Verkürzung der Arbeitszeit wird den Raum auch dafür erweitern.

Das kulturelle Leben

Bildungsziele

Ziel von Bildung ist für uns nicht nur Qualifikation für Beruf und Fortkommen. Bildung hat Eigenwert für die Entfaltung der Person.

Bildung soll Verständnis für die eigene Überlieferung wecken und Menschen befähigen, sich selbst und andere, auch andere Kulturen und ihre Menschen, zu verstehen. Bildung

soll die Chance eröffnen, selbstbestimmt zu arbeiten und die von Erwerbsarbeit und Familienarbeit freie Zeit für Eigenarbeit, musisch-kulturelle Tätigkeit, soziale oder politische Aktivitäten zu nutzen. Bildung muß Menschen befähigen, sich mit der Gesellschaft und den Anforderungen der Arbeitswelt kritisch auseinanderzusetzen und mitgestaltend auf sie einzuwirken. Bildung soll Menschen helfen, sich in unserer komplizierter werdenden Gesellschaft zurechtzufinden, Technik und Produktionsmittel sinnvoll zu gebrauchen. Sie soll Kreativität fördern und dazu befähigen, mit dem Überangebot von Unterhaltung und Informationen umzugehen. Sie soll jungen Menschen helfen, grundlegende menschliche Erfahrungen zu bestehen und an ihnen zu wachsen.

Gefühl wie Vernunft, geistige wie praktische Fähigkeiten bedürfen der Bildung. Sie soll für die Natur aufschließen, zur Verantwortung für die Mitmenschen hinführen und solidarisches Verhalten einüben.

Vielseitige Bildung dient auch der sinnvollen Vorbereitung auf Arbeitsleben und Beruf: In einer Arbeitswelt, in der Teamarbeit und Mitdenken gefragt und immer neue Aufgaben zu bewältigen sind, wird sich berufliche Erfüllung und sogar beruflicher Erfolg umso eher einstellen, je weniger sich Bildung eng und einseitig darauf konzentriert.

Bildung muß allen offenstehen. Schüler, Auszubildende und Studenten sind finanziell so zu unterstützen, daß sie in eigener Verantwortung ihren Berufsweg unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern gehen können.

Reform und Ausbau des Bildungswesens

In den letzten Jahrzehnten sind wir unserem Ziel der Bildung für alle näher gekommen. Wir haben den Zugang zu

qualifizierter Bildung für Kinder aller Schichten geöffnet. Die Schulpflicht wurde verlängert. Mädchen und Frauen wurden in Bildung und Ausbildung einbezogen wie nie zuvor.

In den nächsten Jahren steht unser Bildungswesen vor neuen Herausforderungen. Der quantitativen Erweiterung muß der qualitative Ausbau folgen.

Wir wollen allgemeine, politische und berufliche Bildung integrieren: dies gilt für alle Bildungseinrichtungen.

Wir wollen Ganztagschulen anbieten, weil sie die Chancen des sozialen Lernens vergrößern und den Wechsel von Wissensvermittlung, Gemeinschaftsarbeit und Spiel ermöglichen. Ganztagschulen fördern Chancengleichheit, helfen den Eltern Erwerbs- und Familienarbeit ohne Überforderung miteinander zu verbinden.

Die Schulen müssen zur Arbeitswelt, vor allem aber zu den Städten und Gemeinden hin geöffnet, in das kommunale Leben eingebunden werden. Wir wollen mehr Mitbestimmung der Beteiligten - auch bei der Wahl der Schulform - und einen größeren pädagogischen Freiraum in den Bildungseinrichtungen. Der Staat muß die Rahmenbedingungen so gestalten, daß sie durch Willensbildung vor Ort ausgefüllt werden können. Wir fördern Modellschulen, die neue Lern- und Unterrichtsformen erproben.

Wir wollen die gemeinsame Erziehung von Jungen und Mädchen, von ausländischen und deutschen, von behinderten und nicht-behinderten Kindern. Wir wollen darauf achten, daß Vorurteile und Benachteiligungen nicht verfestigt, sondern abgebaut werden.

Sozialdemokratische Bildungspolitik will fördern statt auslesen.

Wir wollen Schulen, die eine Vielfalt von

Bildungsmöglichkeiten und -abschlüssen anbieten, die unterschiedlichen Neigungen und Fähigkeiten der Schüler Rechnung tragen, sie differenziert fördern und mehr Chancengleichheit verwirklichen.

Wissensvermittlung soll mit sozialem Lernen verknüpft sein. Im Blick auf den wachsenden Konkurrenzdruck aus der Arbeitswelt, dem die Schulen ausgesetzt sind, ist dies noch wichtiger geworden. Die Gesamtschule ist am besten geeignet, unsere bildungspolitischen Ziele umzusetzen.

Eine qualifizierte Schul- und Erstausbildung eröffnet die Chance zum lebenslangen Lernen und die Möglichkeiten zu sozialer, kultureller und politischer Teilhabe.

Berufliche Bildung und Weiterbildung

Alle jungen Menschen haben das Recht auf eine Berufsausbildung, die sie so umfassend qualifiziert, daß sie Veränderungen in Beruf und Gesellschaft nicht als Bedrohung sondern als Herausforderung, ihre Lebenswelt zu gestalten, erleben können. Wir wollen die berufliche Grundbildung verbreitern.

Mädchen und Frauen dürfen bei der Ausbildung, der Weiterbildung und beim Übergang in die Arbeitswelt nicht benachteiligt werden.

Menschen, die im Erwerbsleben und bei der Ausbildung benachteiligt sind oder deren Berufswissen durch die technische Entwicklung entwertet wird, muß der Staat die Qualifikation für eine neue Berufstätigkeit ermöglichen.

Als Gegengewicht zur betriebsbezogenen Weiterbildung ist ein ausreichendes Angebot an öffentlicher und öffentlich geförderter Weiterbildung notwendig. Die Unternehmen müssen sich an den Kosten der Aus- und Weiterbildung beteiligen.

Die während des Berufslebens zur Verfügung stehende Weiterbildungszeit soll der Zeitspanne der Erstausbildung entsprechen.

Hochschule, Wissenschaft und Forschung

Die Öffnung der Hochschule bleibt unser Ziel. Wir wollen den Zugang zu den Hochschulen aus der Berufspraxis erleichtern.

Alle Gruppen an der Hochschule müssen wirksame Mitbestimmungsrechte erhalten. Wir wollen die Freiräume der Hochschule für Reformen und neue Studiengänge erweitern. Sozial- und Geisteswissenschaften müssen ebenso gefördert werden wie Natur- und Technikwissenschaften. Natur-, Gesellschafts- und Geisteswissenschaften gehören untrennbar zusammen.

Wir wollen alles tun, damit die Qualität von Wissenschaft und Forschung internationalen Maßstäben gerecht bleibt.

Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft bedingen einander. Wer als Wissenschaftler gegenüber der Gesellschaft die Freiheit der Forschung beansprucht, muß auch bereit sein, für die Folgen ihrer Anwendung Verantwortung zu übernehmen. Die Gesellschaft muß die Freiheit der Wissenschaft und des einzelnen Wissenschaftlers gegenüber staatlicher und wirtschaftlicher Macht sichern. Zur Freiheit der Wissenschaft gehört der freie, unbehinderte wissenschaftliche Disput und die laufende Veröffentlichung von Forschungsergebnissen.

Wir sehen mit Sorge, daß immer mehr Forschungseinrichtungen entstehen, in denen die Forschung militärischen oder ausschließlich wirtschaftlichen Zwecken unterworfen wird. Sie binden verfügbare Forschungspotentiale und verhindern alternative Forschungsansätze. Sie behindern den

Erkenntnisprozeß, indem sie die Ergebnisse ihrer Forschung der Öffentlichkeit vorenthalten.

In der Regel unterliegt wissenschaftliche Forschung erst dann der gesellschaftlichen Kontrolle, wenn es um die Anwendung ihrer Ergebnisse geht. Wo aber Vorhaben der Wissenschaft ethische Normen verletzen oder zu untragbaren Risiken führen, kann der Gesetzgeber ausnahmsweise Methoden und Verfahren der Forschung untersagen. Dies gilt für die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen, für medizinische Experimente am Menschen, für Eingriffe in Persönlichkeitsrechte und gentechnische Entwicklungen, insbesondere Veränderungen der Erbmasse des Menschen.

Die gesellschaftliche Kontrolle ethisch fragwürdiger Experimente wollen wir erreichen, indem wir öffentliche Diskussionen über die Zulässigkeit wissenschaftlicher Verfahren anregen und Ethikkommissionen einrichten. Wenn es die Würde des Menschen oder das Recht auf Leben erfordern, hat der Staat das Recht und die Pflicht, mit Verboten und Auflagen in die Forschung einzugreifen.

Kulturarbeit in der Demokratie

Die Arbeiterbewegung hat sich von Anfang an auch als Kulturbewegung verstanden. In der Tradition des europäischen Humanismus und der Aufklärung trat sie für die Freiheit des künstlerischen Ausdrucks ein und wollte allen die Teilhabe am Reichtum der Kultur ermöglichen. Diesen Zielen bleiben wir verpflichtet.

Unser Begriff von Kultur umfaßt mehr als Literatur, Musik, Kunst und Wissenschaft. Gerade in einer umfassenden Kultur des Zusammenlebens rücken diese Bereiche vom Rand der Gesellschaft in ihr Zentrum.

Wachsende Freizeit vermehrt die Möglichkeiten zu eigener kultureller Tätigkeit. In ihr entfalten sich geistige und emotionale Fähigkeiten, Phantasie und Kreativität, in ihr bilden sich Werte, Bilder und Denkmuster heraus, die auch die Zukunft unserer Demokratie bestimmen.

Wir orientieren uns in Kulturpolitik und Kulturarbeit an unseren Grundwerten und unserer Tradition. Wir wollen kritisches Bewußtsein fördern, zu aktiver und solidarischer Lebensgestaltung anregen, persönliche und gesellschaftliche Emanzipation voranbringen.

Wir wissen, daß wir das kulturelle Leben der Gesellschaft nur dann prägen können, wenn sozialdemokratische Kulturarbeit bei der eigenen Partei beginnt, bei ihren Umgangsformen, ihrer Arbeitsweise, ihrer Fähigkeit, kulturelle Impulse aufzunehmen und zu verarbeiten.

Wir wollen Kultur für alle. Wir fördern eine Vielzahl kultureller Ausdrucksformen in Gruppen und Projekten, in Stadtteilen und Wohngebieten. Kultur ist kein Luxus, sie muß Sache möglichst vieler Menschen sein. Hindernisse beim Zugang zu Kultur wollen wir abbauen, soweit sie nicht in den Kulturerzeugnissen selbst liegen.

Wir nehmen populäre Kunst und anspruchsvolle Unterhaltung ernst. Wir fördern sie ebenso wie schwerer zugängliche und experimentelle Formen der Kunst. Wir wollen keine Einheitskultur, sondern empfinden die Vielfalt von Teilkulturen als Bereicherung unseres kulturellen Lebens.

Ein buntes und vielgestaltiges Kulturleben, das sich dem industriell normierten Freizeitverbrauch widersetzt, ist für uns allerdings mehr als die Summe unverbundener Aktivitäten. Wir wollen, daß sich unterschiedliche Milieus und Teilkulturen einander aussetzen. Widerspruch und Provokation sind Ausdruck kultureller Vitalität.

Kunst und Kultur brauchen Orte, an denen sie sich öffentlich darstellen können. Die Voraussetzungen dafür zu schaffen, ist Sache der Politik. Kulturpolitik ist eine Pflichtaufgabe der öffentlichen Hände. Der Staat darf nicht Vormund der Kultur, er soll Garant kultureller Vielfalt sein.

Aufgabe der Medien

Unsere Kultur wird zunehmend von Medien, vor allem den elektronischen, bestimmt. Einer neuen Medienindustrie, beherrscht durch internationale Großkonzerne, ist beträchtliche Macht zugewachsen auch über das kulturelle Leben und damit über das Fühlen und Denken der Menschen.

Wir Sozialdemokraten stehen für kulturelle Vielfalt. Wir wehren uns gegen eine von Kapitalinteressen gelenkte Unterhaltungsindustrie. Wir wollen verhindern, daß die Medien zur Beute mächtiger Gruppen werden.

Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten müssen ein überzeugendes Gegengewicht zu den privaten Anstalten sein. Sie müssen - vor allem durch Mitbestimmung aller am Programm Beteiligten - gegen wirtschaftlichen Druck und parteipolitische Einflußnahme abgesichert werden. Wir erwarten von ihnen eine Programmkultur, die sich dem Diktat der Einschaltquoten widersetzt, kritische und provokative Beiträge nicht einer bequemen Ausgewogenheit opfert. Wir unterstützen alle, die sich in den Medien um anspruchsvolle Unterhaltung bemühen.

Sport

Sport ist ein wesentlicher Teil der Kultur. Er trägt zur Lebensqualität und Lebensfreude bei. Von der Arbeitersportbewegung übernehmen wir den Grundsatz des

Sports für alle. Daher gilt unser Hauptinteresse dem Breitensport. Wir unterstützen aber auch einen humanen Leistungssport. In Partnerschaft mit seinen eigenverantwortlichen Organisationen ist der Sport von Bund, Ländern und Gemeinden zu fördern.

3. DURCH SOZIALE GERECHTIGKEIT ZUR SOLIDARISCHEN GESELLSCHAFT

Sozialpolitik als verwirklichte Solidarität

Sozialpolitik will Solidarität als Leitidee für die ganze Gesellschaft lebendig machen. Daher ist sie für uns Gesellschaftspolitik, eine Dimension des gesamten politischen Handelns.

Solidarität ersetzt nicht Eigenverantwortung, erträgt nicht Bevormundung. Sie soll als Hilfe zur Selbsthilfe wirksam werden. Die Arbeiterbewegung hat über Generationen hinweg den Sozialstaat erkämpft. Wir werden ihn erhalten und ausbauen.

Sozialpolitik will schützen. In der Solidargemeinschaft stehen die Jungen für die Alten, die Gesunden für die Kranken oder Unfallgeschädigten, die Arbeitenden für die Arbeitslosen ein. Wir sind gegen eine Privatisierung der elementaren Lebensrisiken.

Sozialpolitik, die sich darauf beschränkte, eingetretene Schäden zu beheben, wäre inhuman und überdies finanziell rasch überfordert. Der wirksamste Schutz geschieht durch Vorbeugung. Sozialpolitik will nicht nur reparieren und in Notfällen einspringen, sondern vorausschauend gestalten. Sie soll Lebens- und Arbeitsbedingungen menschenwürdig machen. Ökologische Politik zum Schutze der Gesundheit, Humanisierung der Arbeit, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

und gerechtere Einkommensverteilung sind zentrale Aufgaben vorbeugender Sozialpolitik.

Wir wollen, daß gesunde und preiswerte Wohnungen in ausreichender Zahl angeboten werden, die den Bedürfnissen von Familien und einzelnen gerecht werden.

Recht auf soziale Sicherheit

Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes überträgt dem Staat soziale Verantwortung und die Pflicht zu sozialer Gerechtigkeit.

Die tragenden Säulen des Sozialstaates sind staatlich verbürgte soziale Sicherung und Teilhabe, der einklagbare Rechtsanspruch auf Sozialleistungen und die rechtlich gesicherte Stellung der Arbeitnehmer.

Es berührt Menschen in ihrer Würde, ob sie Sozialleistungen aufgrund von Rechtsansprüchen oder als wohltätige Zuwendungen erhalten, ob sie im Arbeitsverhältnis der Willkür des Arbeitgebers unterworfen sind oder, genau wie die Unternehmer, gesetzliche Rechte und Pflichten wahrnehmen. Wer soziale Hilfe in Anspruch nimmt, darf nicht diskriminiert werden.

Soziale Sicherung muß verlässlich sein. Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sind als gleichrangige Bereiche so aufeinander abzustimmen, daß die Gesamtpolitik am Sozialstaatsgebot orientiert ist.

Umbau statt Abbau

Auch für Sozialpolitik gilt: Qualität vor Quantität. Wer Abbau verhindern will, muß Umbau betreiben.

Gewinninteressen müssen zurückgedrängt, bürokratische Verkrustungen aufgebrochen werden. Die Empfänger von Sozialleistungen müssen ihre Interessen ausreichend geltend machen können.

Soziale Sicherung hat sich über ein Jahrhundert hinweg in zahlreiche Institutionen verzweigt. Das Sozialrecht ist schwer durchschaubar geworden. Berufsständische Abgrenzungen führen dazu, daß gleiche Tatbestände ungleich behandelt werden. Dies wollen wir überwinden. Unser Ziel ist eine soziale Sicherung, die

- beim Vorliegen gleicher Tatbestände alle gleich behandelt,
- je nach Leistungsfähigkeit alle zur Finanzierung heranzieht,
- Selbstverwaltung aktiviert und entbürokratisiert,
- Hilfe zur Selbsthilfe leistet,
- Benachteiligung von Frauen beseitigt,
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert,
- die Selbständigen einbezieht,
- und die Eingliederung von Behinderten fördert.

Wir wollen eine einkommensabhängige soziale Grundsicherung, die das beitrags- und leistungsbezogene Sicherungssystem ergänzt, es aber nicht ersetzt. Sie soll im Alter, bei Invalidität und Arbeitslosigkeit den Lebensbedarf decken. Soziale Grundsicherung soll Sozialhilfe auf die Unterstützung in besonderen Notlagen zurückführen und das Sozialrecht vereinfachen. Ihre zusätzlichen Kosten sind aus Steuermitteln zu finanzieren.

Wir werden dafür sorgen, daß die Renten sicher bleiben. Wenn auf immer mehr Rentner immer weniger Beitragszahler kommen, müssen zusätzliche Lasten auf Beitragszahler, Rentner und den Staat gerecht verteilt werden. Der ungünstige Altersaufbau wirkt sich auch auf die Sonder- und

Zusatzversorgungen aus. Daher müssen die Systeme der Alterssicherung schrittweise angeglichen werden.

Alle müssen die Möglichkeit erhalten, nach eigener Wahl Teile von Rente und Arbeitseinkommen zu kombinieren.

Unternehmer, die Arbeit durch Kapital und Energie ersetzen, zahlen immer weniger, arbeitsintensive Betriebe immer mehr Sozialabgaben. Wir wollen die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung am Leistungsvermögen der Unternehmen, an der Wertschöpfung orientieren.

Reform des Gesundheitswesens

In unserem Gesundheitswesen dominieren die Interessenvertretungen der Ärzte und Zahnärzte, der Pharmaindustrie und der Krankenhäuser. Die Krankenkassen müssen in den Stand gesetzt werden, die Rechte der Versicherten gegen die Interessen der Anbieter durchzusetzen und das Interesse der Versicherten an Vorbeugung und kostengünstigen, aber wirksamen Heilverfahren stärken.

Unser Gesundheitswesen ist äußerst erfolgreich, wo Infektionen zu bekämpfen, Schwerverletzte zu retten, chirurgische Eingriffe vorzunehmen sind. Es steht oft hilflos vor der wachsenden Zahl chronisch, psychosomatisch und psychisch Kranker.

Die Bekämpfung der Suchtgefahren ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von hohem Rang. Auch hier geht Hilfe vor Strafe.

Vorbeugende und heilende Medizin müssen den gleichen Rang erhalten. Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsaufklärung werden zur zentralen Aufgabe. Sie müssen in der Schule beginnen. Lebens- und Arbeitsbedingungen, die physisch oder psychisch krank machen, müssen besser erforscht und tatkräftiger verändert werden. Umweltschutz und Arbeitsschutz, Wohnungsbau und naturgerechte Landwirtschaft müssen zur Gesundheitsvorsorge beitragen.

Was sich von der Vielfalt medizinischer Ansätze im Wettbewerb bewährt, darf nicht durch Interessentenmacht unterdrückt werden.

Jedem Kranken ist, unabhängig vom Einkommen, eine Behandlung zu ermöglichen, die dem Stand medizinischer Wissenschaft entspricht. Alle haben das Recht auf freie Wahl des Arztes und der Behandlungsmethoden.

Intensivmedizin kann Leben retten. Sie wird problematisch, wo sie Sterben verlängert und ihm seine Würde nimmt. Technische Hochleistung, Apparatedizin und Chemotherapie dürfen einfache und kostengünstige Behandlungsmethoden nicht verdrängen.

Die soziale und psychische Seite von Krankheit ist stärker zu berücksichtigen, psychisch Kranke und Behinderte dürfen nicht abgeschoben, verwahrt und isoliert werden. Sie sind in ihrer besonderen Lebenslage anzunehmen, zu respektieren und, soweit wie möglich, zu integrieren. Dazu müssen ambulante und stationäre Behandlungsformen verknüpft werden. Im Versorgungsrecht sind psychisch und physisch Kranke gleichzustellen. Psychisch Kranken ist durch mehr Personal und bessere Rehabilitationseinrichtungen die gleiche Betreuung wie physisch Kranken zu gewähren.

Wir wollen der ambulanten medizinischen Versorgung Vorrang vor der stationären geben. Dazu bedarf es des Aufbaus eines Netzes von möglichst gemeindebezogenen Einzel- und Gruppenpraxen, Gesundheitszentren, erweiterten Sozialstationen, Tageskliniken und Rehabilitationseinrichtungen.

Die notwendige Kostensenkung im Gesundheitswesen verlangt nicht nur veränderte Machtverhältnisse, sondern auch ein humanes Verständnis von Krankheit. Es geht nicht darum, durch oberflächliche Beseitigung von Krankheitssymptomen Arbeitsfähigkeit herzustellen, sondern Menschen gesund zu machen. Dazu ist vertrauensvolle Partnerschaft von Arzt und Patient nötig.

In der gesetzlichen Krankenversicherung lehnen wir eine Kostenbeteiligung der Versicherten über die Beiträge hinaus ab.

Hilfe zur Selbsthilfe

Wir wollen eine Gesellschaft selbständiger Menschen, die für sich und für andere Verantwortung übernehmen. Wir wollen denen Hilfe anbieten, die versuchen, ihre Probleme aus eigener Kraft oder zusammen mit anderen anzupacken. Deshalb sind neue Formen der Zusammenarbeit von Sozialverwaltung und Selbsthilfeinstitutionen zu unterstützen. Wir wollen die Selbsthilfebewegung ermutigen und ihre Ideen und Erfahrungen für den Sozialstaat nutzbar machen.

Selbsthilfe kann große Solidargemeinschaften oder professionelle Dienste nicht entbehrlich machen. Sie kann sie aber entlasten und ergänzen und neuen Bedürfnissen flexibler gerecht werden. Aus dem Willen zur Selbsthilfe sind auch Wohlfahrtsverbände und die diakonische Arbeit der Kirchen entstanden, die wir schätzen und fördern.

4. ÖKOLOGISCH UND SOZIAL VERANTWORTLICHES WIRTSCHAFTEN

Wirtschaften hat dem Gemeinwohl zu dienen. Es soll alle Menschen ausreichend mit Gütern und Dienstleistungen versorgen, das Recht auf Arbeit gewährleisten, natürliche Lebensgrundlagen schonen und sichern. Das Kapital hat dem Menschen, nicht der Mensch dem Kapital zu dienen.

In modernen, demokratisch verfaßten Industriegesellschaften geschieht die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen durch eine gemischte Wirtschaft, in der Wettbewerb und staatliches Handeln zusammenwirken. Dieses System hat sich als überaus leistungsfähig und allen Formen zentraler Verwaltungswirtschaft prinzipiell überlegen erwiesen.

Ein historisches Grundproblem des Wettbewerbssystems ist seine Verbindung mit der privaten Verfügung über die Produktionsmittel. Diese Verbindung hat die kapitalistische

Wirtschaftsordnung hervorgebracht und zu unkontrollierter wirtschaftlicher Macht und ungerechter Verteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen geführt.

Demokratische Kontrolle der wirtschaftlichen Macht des Kapitals verlangt einen handlungsfähigen Staat, starke Gewerkschaften und Mitbestimmung.

Eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen macht Tarifautonomie, staatliche Steuer- und Sozialpolitik und Vermögensbildung der Arbeitnehmer erforderlich.

Das Wettbewerbssystem ist ungeeignet, die Menschen mit Gemeinschaftsgütern und -leistungen zu versorgen. Infrastruktur und soziale Dienste bereitzustellen, ist vor allem öffentliche Aufgabe.

Die Wettbewerbswirtschaft hat in Verbindung mit technischer Innovation zur Ausbeutung von Rohstoffen und zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen geführt. Der Staat muß diesen ökologischen Gefährdungen entgegenwirken und umweltverträgliche Produkte und Produktionsverfahren fördern.

Wettbewerb kann, ohne Leistungsfähigkeit einzubüßen, auf die Interessen des Gemeinwohls hin gelenkt werden, wenn es gelingt, Rahmenbedingungen gegen Kapitalinteressen verbindlich durchzusetzen. Dies kann in westlichen Industrieländern durch staatliche Steuerung, gesellschaftlichen Konsens und die Gegenmacht von Gewerkschaften geschehen.

Der internationale Rahmen

Internationale Verflechtung

Staatliche Rahmensetzungen sind bisher fast nur im Nationalstaat wirksam geworden. Inzwischen setzt sich

kapitalistische Ökonomie aber über nationale Grenzen hinweg. Multinationale Konzerne können dadurch Vorteile auf Kosten der Gesellschaft wahrnehmen und Verpflichtungen ausweichen.

Bei den meisten Industrieprodukten und vielen Dienstleistungen ist die Konkurrenz weltweit geworden. Wir wollen die Chancen der Bundesrepublik im weltweiten Wettbewerb wahren und für die Entwicklungsländer neue Chancen eröffnen. Daher dürfen wir uns nicht mit Schutzzöllen oder Einfuhrverboten abschotten.

Um zu verhindern, daß Standortkonkurrenz zwischen Wirtschaftsräumen zum weltweiten Druck auf Löhne, zu schlechteren Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen und Umweltnormen führt, werden international verbindliche Regeln für soziale und ökologische Produktionsbedingungen nötig.

Noch mehr hat die Internationalisierung der Märkte für Kapital- und Geldanlagen die nationalen Möglichkeiten zur Steuerung der kapitalistischen Ökonomie vermindert. Währungsspekulation führt zu dramatischen Schwankungen der Wechselkurse, zur Verfälschung des internationalen Wettbewerbs und zur Gefährdung von Industriestandorten. Durch die Internationalisierung der Märkte engen sich die Spielräume der nationalen Zins- und Geldpolitik ein, Konjunkturpolitik verliert an Wirkung.

Wo der Verlust nationaler Kompetenz nicht durch internationale Regeln ausgeglichen wird, gilt das Recht des Stärkeren. Alle Volkswirtschaften werden anfälliger für Krisen. Daher wollen wir Möglichkeiten zur Steuerung der Wirtschaften durch internationale Kooperation und Rahmensetzung zurückgewinnen und erweitern. Dies bedeutet nicht, daß nationale Wirtschaftspolitik aus ihrer Verantwortung entlassen wird.

Gerechte und leistungsfähige Weltwirtschaftsordnung

Noch mehr als wir sind die Entwicklungsländer auf eine Neuordnung der Weltwirtschaft angewiesen. Sie leben in demütigender Abhängigkeit von den Banken, Börsen, Konzernen und Regierungen des Nordens. Auch im Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, deren Bedingungen sie sich fügen müssen, dominieren westliche Industrieländer.

Um den Forderungen ihrer Gläubiger nachzukommen, aber auch, um ihre eigene Macht zu sichern, verschärfen die herrschenden Schichten in den Entwicklungsländern das Massenelend und zerstören durch Raubbau die natürlichen Lebensgrundlagen. Die Rodung tropischer Regenwälder, Verkarstung und Erosion von Gebirgslandschaften, die Ausdehnung der Wüsten wirken auf das Klima der gesamten Erde.

Deshalb gibt es ein gemeinsames Interesse aller Völker, die Weltwirtschaft nicht den ökonomisch Stärksten und Rücksichtslosesten zu überlassen. Internationale Kontrollmechanismen müssen sicherstellen, daß sich das international operierende Kapital seiner sozialen und ökologischen Verantwortung und seiner Steuerpflicht nicht entzieht.

Wir sind für internationale Konventionen zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Dazu gehören Abkommen zum Schutz des Waldbestandes, der Atmosphäre und der Meeressysteme. Die Antarktis muß vor ökonomischer Ausbeutung geschützt werden.

Es liegt im Interesse aller, daß die Entwicklung des Südens weder durch Überschuldung noch durch gegen ihn gerichteten Protektionismus abgewürgt wird. Den ärmsten Ländern müssen die Schulden erlassen werden. In anderen sind teilweiser Erlaß und Begrenzung des Schuldendienstes nötig.

Die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von Schwankungen der Rohstoffpreise muß durch internationale Rohstoff-Fonds vermindert werden. Anreize für Überproduktion sind dabei umso eher zu vermeiden, je stärker die landwirtschaftliche Produktion für den Eigenbedarf gefördert wird.

Der freie Welthandel muß durch sanktionsfähige internationale Regeln gesichert werden. Präferenzen, die nicht auf Gegenseitigkeit beruhen, können die Märkte der Industrieländer für Fertigwaren aus Entwicklungsländern öffnen und deren junge und schutzbedürftige Branchen vorübergehend absichern.

Eine internationale Währungsordnung ist notwendig, um Währungsspekulation und schädliche Währungsschwankungen zu verringern. Diese Währungsordnung kann die notwendige Senkung der Zinsen und die Abstimmung zwischen der Geld- und Haushaltspolitik der Staaten erleichtern.

Eine neue Weltwirtschaftsordnung wird nur dann besser sein, wenn durchgreifende Reformen der ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen in den Gesellschaften des Südens den Weg in eine dauerhafte Entwicklung öffnen, die den Rückfall in erneute Verschuldung und einseitige ökonomische Abhängigkeit verhindert.

Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung läßt sich nicht aufbauen ohne die enge internationale Kooperation starker Gewerkschaften.

Die Europäische Gemeinschaft als regionaler Zusammenschluß

Der Aufbau einer gerechten, demokratisch legitimierten Ordnung der Weltwirtschaft wird durch regionale Zusammenschlüsse gefördert. Wo Länder in Nord und Süd ihre Kräfte und Interessen bündeln und abstimmen, schaffen sie Bausteine für eine bessere Weltwirtschaftsordnung.

Die Europäische Gemeinschaft eröffnet Handlungsspielräume. Sie bietet die Chance der Selbstbehauptung und Beeinflussung des Weltmarktes. Sie muß zu einem einheitlichen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialraum zusammenwachsen.

Die Europäische Gemeinschaft soll

- die Wirtschaftspolitik ihrer Mitglieder harmonisieren, den europäischen Binnenmarkt verwirklichen und eine europäische Währung schaffen;
- aktive Beschäftigungspolitik betreiben und regionale Ungleichgewichte abbauen;
- einen wirksamen Finanzausgleich zwischen reichen und armen Mitgliedsländern der Gemeinschaft leisten;
- der Sozialpolitik den gleichen Rang geben wie der Wirtschaftspolitik;
- beispielhafte soziale Errungenschaften einzelner Länder für die ganze Gemeinschaft nutzbar machen;
- die Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften durchsetzen;
- die europäische Wirtschaftsdemokratie verwirklichen, um ökonomischer Machtzusammenballung entgegenzutreten;
- in Wissenschaft und Forschung die Kräfte aller Mitglieder zusammenfügen;
- ökologische Erneuerungen durch Steuern, Abgaben und strenge, verbindliche Normen zum Schutz der Umwelt fördern;
- durch Reform ihrer Agrarpolitik die natürlichen Lebensgrundlagen schützen, Verbraucherinteressen und die bäuerliche Landwirtschaft sichern.

Nationale Verantwortung

Angesichts ihrer Wirtschaftskraft verfügt die Bundesrepublik über erhebliche nationale Handlungsspielräume. Je entschlossener wir sie nutzen, je klarer dabei unsere Ziele sind, desto stärker wird unser Einfluß auf internationale Entscheidungen. Wer nur auf europäische oder weltweite Regelungen wartet, wird am Ende auch sie nicht bekommen.

Obwohl manche unserer Vorstellungen nur noch europäisch oder gar weltweit voll zu verwirklichen sind, muß unser Handeln da beginnen, wo wir unmittelbar Verantwortung tragen.

Ökologische Erneuerung

Ökologische Erneuerung ist zur Frage des Überlebens geworden. Die Krise der Umwelt ist weltweit. Indem wir sie national angehen, wollen wir das international Notwendige vorantreiben.

Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist im Grundgesetz als Staatsziel festzuschreiben.

Wir werden gezwungen sein, Schäden zu reparieren. Vor allem aber wollen wir vorsorgen, Schäden verhindern, natürliche Kreisläufe schützen, Selbstheilungskräfte der Natur stärken. Das ist wirksamer und billiger.

Auf Dauer ist nichts ökonomisch vernünftig, was ökologisch unvernünftig ist. Ökologie ist kein Zusatz zur Ökonomie, sondern eine Dimension verantwortlichen Wirtschaftens. Das ökologisch Notwendige muß Prinzip ökonomischen Handelns werden. Wenn wir rechtzeitig mit ökologischer Erneuerung beginnen, nutzen wir unsere Chancen auf den Märkten der Zukunft und stärken die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Daher reicht ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft von der Produktidee über den Produktionsprozeß bis zum Verbrauch und zur Wiedergewinnung verbrauchter Rohstoffe. Sie erfordert eine ökologische Bewertung der eingesetzten Stoffe, Verbindungen und Verfahren. Sie umfaßt alle Formen der Energiegewinnung und Energieumwandlung. Sie schließt die ökologische Erneuerung der chemischen Industrie, des Verkehrswesens und der Landwirtschaft ein.

Die ökologische Erneuerung hat klare Ziele:

- umweltschädliche Produkte, Produktionen und Systeme abschaffen und durch umweltverträgliche ersetzen;
- dazu nötige technische Innovationen beschleunigen;
- Wiederverwertung, auch von Schadstoffen, vorantreiben;
- unvermeidliche Entsorgung wirksam organisieren;
- Altlasten zügig aufarbeiten.

Ökologische Rationalisierung zielt auf Einsparung von Rohstoffen und Energie, Wiederverwendung von Abfällen, auf risikoarme Verfahren, haltbare und leicht reparierbare Produkte.

Es gibt keine ökologische Erneuerung ohne sparsamen und rationellen Umgang mit Energie. Wir wollen ihn durch Tarife, Preise, Steuern, Abgaben und Normen zum ökonomisch Gebotenen machen. Wir fördern Abwärmenutzung, Kraft-Wärme-Koppelung und dezentrale, insbesondere kommunale, Energieversorgung, vor allem aber regenerierbare Energieträger. Ihnen gehört die Zukunft. Wir wollen so rasch wie möglich eine sichere, umweltfreundliche Energieversorgung ohne Atomkraft erreichen. Plutoniumwirtschaft halten wir für einen Irrweg.

Zielstrebige Chemiepolitik muß durch Zulassungsverfahren und Umweltverträglichkeitsprüfungen Risiken für Gesundheit und Natur mindern. Chemische Forschung und Entwicklung muß auf risikoarme Produkte und Produktionsweisen gerichtet sein.

Wir wollen moderne Verkehrsträger, die ökonomisch wie ökologisch überzeugen. Die Wettbewerbsbedingungen wollen wir zugunsten solcher Verkehrsträger verändern, die weniger Energie brauchen und die Umwelt weniger belasten. Daher hat im Fernverkehr für Güter und Personen die Bahn Vorrang. Wir fördern den öffentlichen Personennahverkehr. Wir sind für gemeinsame Geschwindigkeitsbegrenzungen auf den europäischen Autobahnen und Straßen.

Raumplanung muß den Verbrauch von Landschaft rasch verringern, gleichzeitig ökologisch gefährliche Verdichtung vermeiden. Restaurierung, Erhaltung und Umbau gehen vor Neubau. Umweltfreundliches Bauen ist zu fördern.

Unsere Landwirte müssen von dem ökonomischen Zwang befreit werden, durch den übermäßigen Einsatz von Chemie unverkäufliche Überschüsse zu produzieren, ihre Böden zu überfordern, Luft und Grundwasser zu belasten. Deshalb wollen wir ihnen die Pflege von Natur und Landschaft gesondert entgelten. Dafür wollen wir bei landwirtschaftlichen Produkten die Preisbildung mehr dem Markt überlassen. Intensivierung der Bodennutzung soll sich weder lohnen noch nötig sein.

Der bäuerliche Familienbetrieb ist auch eine ökologisch angemessene Betriebsform. Wir werden durch flächenbezogene Obergrenzen für den Viehbestand unsere Bauern vor der Massentierhaltung der Agro-Industrie schützen. Naturgerechte Landwirtschaft muß sich lohnen.

Auch bei Nahrungsmitteln soll künftig Qualität vor Quantität gehen. Die Chance gesunder Ernährung muß für alle gewährleistet sein.

Ökologische Erneuerung wollen wir, wo immer möglich, nicht durch administrative Einzelentscheidungen, sondern durch politische Rahmensetzung bewirken. Das ökologisch Schädliche muß teurer, das ökologisch Richtige ökonomisch vorteilhafter werden. Dazu dienen Abgaben und Steuern auf der einen, finanzielle Anreize auf der anderen Seite. Energie muß teurer werden.

Wir brauchen, wie bisher, Gebote und Verbote, Grenzwerte und Genehmigungsvorbehalte. Wir brauchen darüber hinaus die Umweltverträglichkeitsprüfung, ein schärferes Umweltstrafrecht und ein neues Haftungsrecht, das auch die Beweislast umkehrt. Wir wollen die Verbandsklage einführen, die Stellung der

Umweltschutzbeauftragten stärken und die Mitbestimmung in Fragen des Gesundheits- und Umweltschutzes ausweiten.

Fortschritt und Wachstum

Nicht jedes Wachstum ist Fortschritt. Ökologische Erneuerung ist eine Politik ausgewählter Wachstumsfelder. Wachsen muß, was natürliche Lebensgrundlagen sichert, Lebensqualität erhöht, Lebens- und Zukunftschancen für alle eröffnet, Abhängigkeiten mindert und Selbstbestimmung fördert, schwere oder monotone Arbeit überflüssig macht, neue humane Arbeitsplätze schafft und kreative Eigenarbeit fördert. Schrumpfen oder verschwinden muß, was die natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet, Lebensqualität mindert und Zukunftschancen verbaut.

Eine Politik, die Wachstumsfelder auswählt, muß die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen ernst nehmen. Je weniger für Grundbedarf ausgegeben werden muß, umso mehr öffnen sich Spielräume für Bildung, Kultur, soziale Zuwendung und sinnvolle Freizeit. Deshalb werden wir Wachstum in diesen Bereichen fördern.

Strukturwandel ist ein bestimmendes Merkmal jeder dynamischen Wirtschaft. Er sichert die Wettbewerbsfähigkeit und kann die Qualität der Arbeits- und Lebensbedingungen erhöhen. Wir wollen Strukturwandel fördern und ihn auf humane Arbeit und ökologische Erneuerung hin orientieren. Dadurch werden die volkswirtschaftlichen Folgekosten, auch für die öffentlichen Haushalte, gemindert.

Damit neue und humanere Arbeitsplätze geschaffen werden können, müssen sich marktwirtschaftlicher Strukturwandel und staatliche Strukturpolitik ergänzen. Die Regionalpolitik hat den Strukturwandel zu unterstützen.

Gestalten der Technik als politische Aufgabe

Technik ist in ihrer Wirkung auf Gesellschaft nicht neutral. Sie kann menschliches Leben erleichtern, aber auch Gesundheit und Leben gefährden. Von den technischen Systemen, die wir einsetzen, hängt es ab, ob wir Umweltbelastungen, Unfallgefahren, Sicherheitsaufwand, Zentralisierung und Abhängigkeiten erhöhen oder verringern.

Technische Entwicklung ist weder autonom noch unabänderlich. Sie bietet immer mehr Möglichkeiten an, als verwirklicht werden. In jedem Fall wird ausgewählt. Es kommt also darauf an, wer auswählt, welche Kriterien und Interessen dabei verfolgt werden.

Technische Weichenstellungen betreffen uns alle. Daher dürfen wir sie nicht allein Gewinninteressen überlassen. Technikgestaltung wird zentrale politische Aufgabe.

Wir wollen nicht den Menschen der Technik anpassen, wir wollen eine menschengerechte Technik.

Technische Innovation - unverzichtbar für jede dynamische Wirtschaft - soll ökologischer Erneuerung und Rationalisierung dienen, Arbeit humanisieren, Grundrechte schützen und Grundwerte verwirklichen. Sie soll die Arbeitsproduktivität steigern, Arbeitszeitverkürzung ermöglichen, Wettbewerbsfähigkeit sichern, Energie und Rohstoffe einsparen, von entfremdender Arbeit befreien und die sinnvolle Gestaltung von Arbeitsprozessen fördern.

Technik muß fehlerfreundlich und rückholbar, von fehlbaren Menschen zu beherrschen und von künftigen Generationen zu revidieren sein. Technische Neuerungen, deren Risiken nicht abzuschätzen oder die demokratisch nicht beherrschbar sind, wollen wir verhindern.

Entscheidungen über Weichenstellungen für technische Systeme und damit auch über Felder des Wachstums sind nicht Aufgabe der Verwaltung, sondern der Politik. Sie lassen sich demokratisch nur durch die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und - wie der Streit über die Energiepolitik zeigt - nur als Ergebnis von Bürgerdialogen treffen. Wo immer Dialoge um technische Alternativen geführt werden, brauchen sie die Hilfe der Wissenschaft. Die Gesellschaft muß die Freiheit der Wissenschaft schützen, die Wissenschaft schuldet der Gesellschaft Auskunft über die Ziele ihrer Forschung, deren Ergebnisse und mögliche Anwendungen. Dies setzt intensive Forschung über die Folgen neuer Techniken voraus.

Vor allem beim Parlament sind Einrichtungen der Technikfolgenabschätzung zu schaffen. Beratungsgremien sollen den Überblick über die Thematik erleichtern, Informationen bündeln und allgemein zugänglich machen, auf Chancen, Risiken und Alternativen hinweisen und ihre Bewertung zur Diskussion stellen.

Im Bürgerdialog müssen politische Parteien die Methoden und Instrumente darstellen, mit denen sie ihre Ziele ansteuern wollen.

Wirtschaftsdemokratie

Die Würde des Menschen verlangt Demokratisierung der Wirtschaft. Wirtschaftsdemokratie sichert und vollendet politische Demokratie.

In der Wirtschaftsdemokratie haben gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zwängen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung. Nicht wirtschaftliche Macht oder marktbeherrschende Unternehmen geben der Politik den Handlungsrahmen vor, sondern demokratisch legitimierte Entscheidungen setzen im Interesse des Gemeinwohls Rahmen und Ziele für wirtschaftliches Handeln.

Ökologisch und sozial verantwortbares Wirtschaften läßt sich nur erreichen, wo der Vorrang demokratischer Entscheidungen vor Gewinninteressen und Wirtschaftsmacht durchgesetzt wird.

Wirtschaftsmacht wirkt

- als Marktmacht von Großunternehmungen, die ihre Interessen auf Kosten von Abnehmern, Zulieferern und Konkurrenten durchsetzen;
- als Herrschaftsmacht des Kapitals über Menschen im Arbeitsprozeß und auf dem Arbeitsmarkt;
- als Fähigkeit, Wirtschaftsmacht in politische Macht umzusetzen;
- als Möglichkeit, vor allem großer Unternehmungen, durch Investitionspolitik Struktur und Entwicklung der gesamten Wirtschaft zu beeinflussen.

Wirtschaftsdemokratie dient der Kontrolle aller Formen wirtschaftlicher Macht. Sie muß offen und vielgestaltig sein. Sie verbindet Privat- und Gemeineigentum, persönliche Initiative und staatliches Handeln, Wettbewerb und staatliche Rahmensetzung, unternehmerische Freiheit und Machtkontrolle, Mitbestimmung und Selbstverwaltung. Keines dieser Elemente der Wirtschaftsdemokratie ist ein Selbstzweck; ihr Wert und ihre Bedeutung bestimmen sich einzig und allein nach den Grundsätzen und Zielen einer sozialen und demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Wir wollen die Teilhabe aller am Sagen und am Haben. Dies bedeutet Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf allen Ebenen und Beteiligung aller am Produktivvermögen.

Markt und Staat

Innerhalb des demokratisch gesetzten Rahmens sind Markt und Wettbewerb unentbehrlich. Der Markt koordiniert wirksam die

unüberschaubare Vielfalt wirtschaftlicher Entscheidungen. Leistungswettbewerb kommt den Verbrauchern und ihrer freien Konsumwahl zugute.

Der Markt allein aber kann weder Vollbeschäftigung herstellen noch Verteilungsgerechtigkeit bewirken oder Umwelt schützen. Er kann sich durch Konzentration selbst aufheben. Er darf nicht die Richtung angeben, in der sich die Gesellschaft entwickelt. Er darf nicht anstelle der Gesellschaft über grundlegende Techniken und Wachstumfelder entscheiden.

Wettbewerb so weit wie möglich - Planung so weit wie nötig!

Daraus ergeben sich Aufgaben für Politik und Staat. Der Staat ist tätig als Arbeitgeber, Anbieter und Nachfrager, Investor und Gesetzgeber. Er erhebt Steuern, gewährt Subventionen und setzt Normen. Die Frage ist also nicht, ob er auf die Wirtschaft einwirkt, sondern allein, mit welchen Zielen und Mitteln er es tut.

Der Staat muß mehr sein als Reparaturbetrieb. Der Staat soll sein Handeln vorausschauend planen, gewollte Entwicklungen in Gang setzen und Fehlentwicklungen abwenden. Er soll die demokratische Diskussion zwischen den Bürgern und mit den Bürgern fördern und den politischen Willen der Mehrheit durchsetzen.

Der Staat setzt Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung. Er muß dafür sorgen, daß soziale und ökologische Kosten, die die Allgemeinheit belasten, soweit als möglich bereits in die eigenen Entscheidungen der Unternehmen, und damit in deren Kostenrechnung, einbezogen werden.

Staat und Kommunen planen ihr wirtschaftsbezogenes Handeln; sie stimmen Planungen miteinander ab. Das kann zu staatlichen Entwicklungsplänen führen, die für Regionen, Länder oder den Gesamtstaat gelten. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen und

Planungen des Staates und der Kommunen sind Vorgaben und Orientierung für die Entscheidungen der Unternehmen.

Für die staatliche Rahmensetzung wie für die Planungs-
koordination von Staat und Kommunen sind verbesserte
Informationen nötig; die Strukturberichterstattung und
Vorausschau müssen deshalb ausgebaut werden.

Strukturbestimmende Großunternehmen haben den Staat und die
Kommunen rechtzeitig und regelmäßig über arbeitsmarktrelevante
Planungen und Standortplanungen zu unterrichten.

Nicht nur der Markt, sondern auch der Staat kann versagen.
Gegen beide Gefahren müssen wir angehen.

Der Staat ist kein neutraler Schiedsrichter. Er hat die
Verantwortung für gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen, die
Geldwert, Vollbeschäftigung, ausgeglichenen Außenhandel und
ökologische Erneuerung sichern. Geld-, Finanz- und
Einkommenspolitik müssen im Interesse der Vollbeschäftigung
aufeinander abgestimmt werden.

Wirtschafts- und Sozialausschüsse sollen, ähnlich wie auf der
europäischen Ebene, Parlamente, Regierungen, Kommunen und
Verwaltung bei der Lösung wirtschaftlicher, sozialer und
ökologischer Probleme beraten und ihnen Vorschläge
unterbreiten. Den Ausschüssen sollen neben Gewerkschaften und
Vertretern der Arbeitgeber unter anderem auch Vertreter von
Verbraucher- und Umweltverbänden angehören. Solche Ausschüsse
können dazu beitragen, das Allgemeininteresse deutlich zu
machen, politische Rahmensetzung und Koordinierung zwischen
Planungen der Unternehmen und des Staates wirklichkeitsnah und
flexibel zu gestalten.

Wirtschaftliche Macht und demokratische Kontrolle

Da Wettbewerb Marktmacht kontrollieren kann, wollen wir die Wettbewerbsgesetze verschärfen. Der Herrschaftsmacht des Kapitals müssen starke Gewerkschaften Grenzen setzen. Der Umsetzung wirtschaftlicher Macht in politische ist größtmögliche Öffentlichkeit entgegenzusetzen. Sie ist eine der Grundlagen gesellschaftlicher Kontrolle.

Unternehmensvielfalt wirkt der Machtkonzentration entgegen. Auch deshalb wollen wir kleine und mittlere Unternehmen in Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistung stärken. Auch Wirtschaftsdemokratie braucht unternehmerische Leistung. Wir erkennen sie an. Unternehmerische Leistung bewährt sich in sozialer und ökologischer Verantwortung.

Wir setzen uns für eine Reform der Gemeinwirtschaft in ihren unterschiedlichen Formen ein. Öffentliche oder gemeinwirtschaftliche Unternehmen sind unentbehrlich. Nicht allein Gewinninteressen verpflichtet, können sie häufig gesellschaftlich anerkannten Bedarf am besten befriedigen.

Besonders verpflichtet fühlen wir uns dem Genossenschaftsgedanken, der solidarische Selbsthilfe mit demokratischer Selbstverwaltung verbindet. Um die Neugründung von Genossenschaften zu erleichtern, wollen wir die ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern.

Um den Einfluß von Banken und Versicherungen auf Grundentscheidungen der Wirtschaft zurückzudrängen, wollen wir ihre Macht über Unternehmen durch Entflechtung von Kapitalbeteiligungen einschränken. Auch der Besetzung von Aufsichtsräten durch Banken und der Ausübung des Depotstimmrechts wollen wir Grenzen setzen.

Wo mit anderen Mitteln eine sozial verantwortbare Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig.

Mitbestimmung der Arbeitnehmer

Wirtschaftsdemokratie erfordert gleichberechtigte Beteiligung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften bei wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen

- am Arbeitsplatz beim Vollzug der Arbeit, bei Konzeption, Planung und Einführung neuer Techniken oder neuer Organisationen,
- im Betrieb, wenn über Arbeitsbedingungen, Arbeitsorganisation, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Qualifikation und Weiterbildung, über die Anwendung neuer Techniken, aber auch über Produkte und Produktionen zu entscheiden ist,
- in allen Großunternehmen und Konzernen durch paritätische Vertretung von Kapital und Arbeit in den Aufsichtsräten
- überbetrieblich, wo in Beratungsgremien die Interessen der Arbeitnehmer einzubringen sind.

Für Wirtschaftsdemokratie ist Tarifautonomie unabdingbare Voraussetzung. Das Gleichgewicht zwischen den Tarifparteien verlangt die Ächtung der Aussperrung.

Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen

Die Wirtschaft kann auch durch die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen demokratisiert werden. Dadurch werden die Arbeitnehmer am Gewinn und dem von ihnen miterarbeiteten Kapitalzuwachs beteiligt, ohne daß die Mittel für die notwendigen Investitionen zu geschmälert werden. Die Arbeitnehmer und ihre Vertretungen erhalten damit einen wachsenden Anteil an der Verfügung über ihre eigenen Produktionsmittel.

Wir wollen den gesetzlichen Rahmen bereitstellen, in dem die Tarifvertragsparteien auch überbetriebliche Fonds zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen vereinbaren können.

Öffentliche Finanzen

Ein wichtiges Instrument zur Steuerung der Wirtschaft sind die öffentlichen Finanzen. Steuern und Abgaben, Haushaltspläne und finanzielle Anreize, öffentliche Aufträge und Investitionen, Geld- und Kreditpolitik müssen so aufeinander abgestimmt werden, daß sie politischen Zielsetzungen dienen.

Nur der Reiche kann sich den armen Staat leisten. Wachsende und neue Staatsaufgaben im Interesse aller erlauben auch künftig kaum geringere Gesamtbelastung durch Steuern, selbst bei strengster Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Wir wollen Ausgaben streichen, denen ein gültiger Anspruch nicht mehr zugrundeliegt.

Öffentliche Investitionen müssen unsere Infrastruktur verbessern, ökologische Erneuerung in die Wege leiten, Arbeitsplätze schaffen und für mehr Lebensqualität in allen Regionen sorgen. Darüber hinaus sind mehr öffentliche Dienstleistungen anzubieten. Die Finanzpolitik muß ihrer Verantwortung für die Beschäftigung gerecht werden. In Zeiten der Konjunkturschwäche dürfen die Ausgaben nicht reduziert werden. Die Verstetigung der Ausgaben muß die wirtschaftliche Entwicklung stabilisieren, selbst wenn dies Kreditaufnahme erfordert. Subventionen, die nur der Erhaltung überholter Strukturen dienen, werden wir abbauen.

Ausschließlich oder überwiegend kreditfinanzierte öffentliche Programme für wichtige Wachstumfelder können kurzfristig Konjunkturreinbrüche mildern, die ökologische Erneuerung anstoßen und Arbeitsplätze schaffen.

Umfassende und langfristige Beschäftigungsprogramme kommen nur für genau definierte ökologische oder soziale Ziele von struktureller Bedeutung in Frage und müssen in erster Linie aus der Belastung nichtinvestierter Gewinne oder höherer Einkommen finanziert werden. Gesetzliche Voraussetzungen dafür sollen

zusammen mit der Reform des Steuerrechts die sinnvolle investive Verwendung von Gewinnen fördern und spekulative Verwendung verhindern.

Das Steuerrecht bedarf einer gründlichen Reform. Um die Einkommen gerechter zu verteilen, wollen wir das Existenzminimum steuerfrei stellen, kleine und mittlere Einkommen entlasten, Kinderfreibeträge durch Kindergeld ersetzen, ungerechtfertigte Steuersubventionen abbauen, reinvestierte Gewinne gegenüber ausgeschütteten deutlich begünstigen, Einkünfte aus Finanzanlagen steuerlich nicht besser stellen als Einkünfte aus Arbeit.

Darüber hinaus muß das Steuerrecht Instrument ökologischer Erneuerung sein. Wir wollen umweltbelastende Produkte stärker besteuern, vor allem Energiesteuern ausweiten und stufenweise erhöhen, dafür die Arbeitseinkommen entlasten.

Da viele Aufgaben der Zukunft nur vor Ort bewältigt werden können, muß eine Finanzreform den Städten und Gemeinden ihre Handlungsfreiheit zurückgeben und sichern.

5. DEMOKRATIE IN STAAT UND GESELLSCHAFT

Demokratie als Lebensform

Wir streiten für Demokratie. Sie muß allgemeine Lebensform werden, weil allein sie der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung Ausdruck gibt.

Demokratie ist die Lebensform der Freiheit. Freiheit hat nur Bestand, wo Menschen bereit und fähig sind, Verantwortung wahrzunehmen. Niemand darf in Staat und Gesellschaft von demokratischer Teilhabe ausgeschlossen oder durch soziale Schranken von ihr ferngehalten werden.

Demokratie bezieht ihre Lebenskraft aus der Gesellschaft und ihrer politischen Kultur. Sie wird durch die Ballung von wirtschaftlicher oder Medienmacht und durch die Anhäufung von Herrschaftswissen in privater oder öffentlicher Hand bedroht.

Der demokratische Staat

Der demokratische Staat beruht auf den gleichen Rechten und Pflichten aller seiner Bürger. Die Grundrechte sind ihm als Freiheits- und Teilhaberechte vorgegeben und begründen ihn als eine wertgebundene Gemeinschaftsordnung. Gewährleistung und Wahrung der Grundrechte und Abwehr von Gefahren sind vornehmste Aufgaben des demokratischen Staates.

Der Staat soll Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Gesellschaft und Wirtschaft verwirklichen und die dafür notwendige Offenheit der Entscheidungsabläufe garantieren. Er kann jedoch nicht alle gesellschaftlichen Probleme lösen. Wer ihn überfordert, verursacht wuchernde Bürokratien, deren Wirksamkeit abnimmt und die weder zu kontrollieren noch zu finanzieren sind. Wir sind gegen die Verstaatlichung der Gesellschaft.

Der Staat muß Aufgaben da übernehmen, wo einzelne oder Gruppen die gesellschaftlich erforderlichen Verpflichtungen nicht von sich aus eingehen oder Leistungen, die für das Gemeinwohl notwendig sind, auf andere Weise nicht erbracht werden können. Das Prinzip der Subsidiarität, des Vorrangs der kleineren Einheit vor der größeren, kann, wo es nicht überdehnt wird, Macht begrenzen und zur Teilhabe ermutigen.

Recht und Politik

Der Rechtsstaat bindet alle Machtausübung an Recht und Gesetz. Die Bindung an die demokratische Verfassung, an Gewaltenteilung

und gegenseitige Machtkontrolle legitimiert auch die staatliche Befugnis und Pflicht zur Durchsetzung der Rechtsordnung und zur Ausübung des Gewaltmonopols.

Wir bekennen uns zum Gesetzesgehorsam auch da, wo wir ein Gesetz ablehnen. Um Rechtsänderungen durchzusetzen, kämpfen wir um Mehrheiten in den Parlamenten. Wer sich aus Gewissensgründen zur Verletzung von Gesetzen entschließt, muß bereit sein, die rechtlichen Folgen zu tragen. In dieser Bereitschaft, die unseren Respekt hat, erweist sich die Glaubwürdigkeit zivilen Ungehorsams. Verständnis für Konflikte zwischen Rechtsnorm und ethischer Verpflichtung gehört zur politischen Kultur einer selbstbewußten Demokratie.

Demokratie und Öffentlichkeit

Demokratie lebt vom Prinzip Öffentlichkeit. Staat und Verwaltung, nicht die Bürger, müssen gläsern sein. Die Bürger müssen den Staat, nicht der Staat die Bürger, kontrollieren.

Alle müssen das Recht auf Zugang zu Informationen haben. Über Vorgänge, die das Gemeinwesen oder sie selbst betreffen, müssen Bürgerinnen und Bürger sich kundig machen und ein Urteil bilden können. Nur dann können sie die Staatsgewalt, die in ihrem Namen ausgeübt wird, kontrollieren.

Selbstbestimmung über die eigenen Daten ist ein Grundrecht. Daher sind Datensammlungen gesellschaftlicher Kontrolle zu unterwerfen, der Schutz personenbezogener Daten bei Behörden und privaten Stellen ständig zu verbessern.

Freiheit von Presse und Rundfunk bedarf auch innerer Pressefreiheit. Das Recht der freien Meinungsäußerung, Demonstrationsfreiheit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit werden wir sichern.

Gegliederteter Staatsaufbau

Wir bejahen Föderalismus. Er begrenzt staatliche Macht, fördert Bürgernähe und regionale Vielfalt. Bund und Länder müssen in ihrer verfassungsrechtlichen und finanziellen Handlungsfreiheit gesichert bleiben. Kommunale Entscheidungen bestimmen spürbar über die Qualität des Lebens und Zusammenlebens. Daher müssen der verfassungsrechtliche Handlungsspielraum und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden, auch in der Sozialpolitik, erweitert und gestärkt werden. Der Föderalismus muß auch Gestaltungsprinzip für die Europäische Gemeinschaft werden.

Parlamentarische Demokratie und Mehrheitsprinzip

Wir bekennen uns zur parlamentarischen Demokratie. In ihr verleihen freie Wahlen kontrollierte politische Macht auf Zeit.

Mehrheitsmacht bedarf der Selbstbeschränkung. Mehrheiten müssen sich dem dauernden Dialog mit ihren Kritikern stellen, auch außerhalb des Parlaments. Da auch Mehrheiten irren können, müssen Mehrheitsentscheidungen rückholbar sein, vor allem da, wo Lebensgrundlagen berührt sind und das Wohl der kommenden Generationen auf dem Spiel steht. Diese müssen über ihre Lebensverhältnisse selbst entscheiden können.

Parlamentarische Demokratie vermindert und ersetzt nicht die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Daher wollen wir die Bürgerbeteiligung ausweiten und das Petitionsrecht effektiver gestalten. Volksbegehren und Volksentscheid sollen in Gemeinden, Ländern und Bund parlamentarische Entscheidungen ergänzen.

Damit die Parlamente ihren Aufgaben gerecht werden können, müssen die Abgeordneten von Informationen aus der Regierung

unabhängig werden. Sie haben ihre wirtschaftlichen Bindungen offenzulegen. Frauen sollen entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung in den Parlamenten vertreten sein.

Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen verändern Bewußtsein und sind gleichzeitig Ausdruck veränderten Bewußtseins. Sie erzwingen die Diskussion wichtiger Themen, beleben unsere Demokratie durch neue Formen politischer Willensbildung, bereichern unsere politische Kultur. Sie können und sollen die Parteien stets aufs neue fordern, können sie aber niemals ersetzen.

Verbände sind legitimer Ausdruck gesellschaftlicher Interessen. Wo sie sich am Gemeinwohl orientieren, suchen wir mit ihnen Zusammenarbeit. Wo sie rücksichtslos Teilinteressen durchsetzen wollen, treten wir ihnen entgegen.

Gewerkschaften

Ohne freie Gewerkschaften gibt es keine Demokratie. Mit ihnen verbinden uns gemeinsame Geschichte und gemeinsame Ziele. Sie bestimmen ihre Aufgaben selbst. Ihre freie Betätigung ist für uns unantastbar. Wo immer Arbeitnehmerinteressen berührt sind, sollen die Gewerkschaften an gesellschaftlichen und politischen Aufgaben mitwirken. Wir respektieren ihre parteipolitische Unabhängigkeit.

Wir unterstützen gewerkschaftliche Forderungen nach gerechtem Anteil der Arbeitnehmer am Ertrag ihrer Arbeit, nach Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Entscheidungen und nach aktiver Teilhabe am sozialen Leben. Wir zählen auf sie bei der Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Einheitsgewerkschaft, aus bitterer Erfahrung gewachsen, bejahen und verteidigen wir als eine der wichtigsten Errungenschaften der Bundesrepublik.

Tarifautonomie ist ein zentraler Bestandteil der Demokratie. Wir werden sie gegen jeden Angriff verteidigen. Tarifverträge, die die Rechtsstellung der einzelnen Arbeitnehmer sichern und stärken, erfordern starke streikfähige Gewerkschaften. Organisationsfreiheit und Streikrecht sind unverzichtbar.

Sozialdemokratische Arbeitnehmer in Betrieb und Verwaltung sind aufgefordert, die gewerkschaftliche Arbeit aktiv mitzugestalten.

Kirchen und Religionsgemeinschaften

Die Sozialdemokratische Partei erkennt die besondere Bedeutung und rechtliche Stellung an, die das Grundgesetz den Kirchen und Religionsgemeinschaften einräumt. In Verkündigung, Seelsorge und Diakonie sind die Kirchen und Religionsgemeinschaften eigenständig und keiner staatlichen Einflußnahme unterworfen.

Wir verteidigen die Freiheit des Denkens, des Gewissens, des Glaubens und der Verkündigung und begrüßen es, wenn Kirchen und Religionsgemeinschaften, kirchliche Gruppen und einzelne Gläubige durch Kritik, Anregung und praktische Mitarbeit auf die Gestaltung des gesellschaftlichen und politischen Lebens einwirken und sich damit auch öffentlicher Kritik stellen. Wir sehen darin einen wesentlichen Beitrag zum gesellschaftlichen und politischen Dialog, in dem Toleranz und Achtung vor dem Andersdenkenden sich bewähren müssen. Deshalb suchen Sozialdemokraten auch von sich aus das Gespräch und - wo immer beide Seiten gemeinsame Aufgaben sehen - die Zusammenarbeit mit Kirchen, Religionsgemeinschaften und kirchlichen Gruppen.

Bürgernahe Verwaltung

Wir brauchen eine leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung. Frei von Traditionen des Obrigkeitsstaates muß sie auf allen Ebenen durchschaubar und kontrollierbar sein. Sie soll Selbst-

hilfe, Verantwortlichkeit und Beteiligung der Bürger nicht entmutigen, sondern fördern.

Wir sind für frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung bei den Planungen der Verwaltung. Der gerichtliche Rechtsschutz gegen die Entscheidungen der Verwaltung muß gesichert und durch die Einführung der Verbandsklage ausgebaut werden. Wer sich von Mißständen betroffen fühlt, soll sich an eine Ombuds-Person wenden können.

Die Rechtsverhältnisse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sollen einheitlich geregelt werden. Dazu gehört das Recht der Personalvertretung. Es soll das Streikrecht einschließen. Anforderungen an die Verfassungstreue müssen vom freiheitlichen Geist des Grundgesetzes her interpretiert werden. Wir wollen Geist und Praxis des Radikalenerlasses überwinden.

Recht und Justiz

Recht soll Macht legitimieren, aber auch begrenzen. Rechtsprechung soll dem Bedürfnis nach Gerechtigkeit dienen. Wir wollen das Recht zur Verwirklichung unserer Grundwerte, insbesondere zum Schutz der Schwächeren und zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen nutzen.

Gerichte müssen für alle gleichermaßen zugänglich sein. Wir wollen, daß Bürgerinnen und Bürger in vertretbarer Zeit zu ihrem Recht kommen.

Richterliche Urteile binden. Wer zu richten hat, muß unabhängig sein; die Mitwirkungsmöglichkeiten der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter sind zu verstärken.

Bei der Erfüllung des Auftrags, Bürgerinnen und Bürger zu schützen, Straftaten zu verfolgen und den Rechtsstaat zu sichern, braucht die Polizei Hilfe und Kritik durch Bürger und

staatliche Institutionen. Politische Konflikte dürfen nicht auf ihrem Rücken ausgetragen werden.

Auch Strafrecht und Strafvollzug dienen der Durchsetzung unserer rechtsstaatlichen Ordnung. Ihr Ziel ist es, Bürger und Gemeinschaft zu schützen, und Rechtsbrecher wieder in die Gesellschaft einzufügen, nicht Vergeltung zu üben.

Reformpolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Das Grundgesetz ist Angebot und Aufgabe. Auf seiner Grundlage haben wir, zusammen und im Wettbewerb mit anderen Parteien, die Bundesrepublik Deutschland aufgebaut. Wir fühlen uns für sie verantwortlich. Insofern ist sie unsere Republik. Sie hat viele Mängel. Daher wollen wir ihre Wirklichkeit an die Verfassungsnorm annähern. In diese Republik bringen wir den demokratischen Sozialismus ein, damit sie werden kann, was sie nach ihrer Verfassung sein soll: ein demokratischer Sozialstaat. Dazu bedarf es dauernder Reform. Wir sind die Partei der Reform.

Reformarbeit vollzieht sich oft in kleinen Schritten. Mehr noch als auf die Größe der Schritte achten wir auf die Erkennbarkeit der Richtung.

Reformarbeit ist mühsam, denn sie muß den Widerstand mächtiger Sonderinteressen überwinden. Sie ist nicht nur Sache von Regierungen, Parlamenten und Parteien. Wichtige Reformen können nur gelingen, wenn im Bürgerdialog die aktive Unterstützung der Mehrheit gewonnen wird.

Politische Kultur

Politik ist undenkbar ohne Streit. In der Art, wie wir streiten, müssen die Ziele erkennbar sein, für die wir streiten. Auch beim Kampf um die Macht heiligt der Zweck nicht die Mittel.

Streit ohne Grundkonsens führt zum geistigen Bürgerkrieg. Wir bejahen den Grundkonsens mit all jenen gesellschaftlichen Kräften, die sich zu den Grundrechten und Grundregeln der Verfassung bekennen. Dieser Konsens muß in den Formen der Auseinandersetzung sichtbar bleiben.

Politische Kultur erschlapft ohne die Spannung zwischen Zukunftsentwurf und Wirklichkeit. Zukunftsentwürfe werden nur wirksam, wenn Millionen selbstbewußter Bürgerinnen und Bürger ihre Hoffnungen darin wiedererkennen.

Nur wo Menschen sich nicht als ohnmächtige Objekte, sondern als verantwortlich gestaltende Subjekte von Politik verstehen und erfahren können, wo sie ihre Einsichten und ihre Ängste unbefangen in die Politik einbringen können, werden die Kräfte freigesetzt, die politische Kultur in einer solidarischen Gesellschaft braucht. Nur dann kann sich Politik aus dem Vollzug von Sachzwängen befreien, nur dann bewegen, was bewegt werden muß, nur dann lebensnotwendige Reformen durchsetzen.

V. UNSER WEG IN DIE ZUKUNFT

Hoffnung entsteht nicht aus dem Verdrängen von Gefährdungen, sondern aus Aufklärung im öffentlichen Dialog.

Reformpolitik setzt auf Hoffnung. Wo sogar das Bewahrenswerte nur durch Reform zu retten ist, wird Reformarbeit zur einzig verantwortbaren Politik.

Unser Zukunftsentwurf ist ein Angebot für ein Reformbündnis der alten und neuen sozialen Bewegungen. Der Kern dieses Bündnisses bleibt die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Es muß aber auch alle umfassen, die durch Erfahrungen in ihrem Alltag oder ihr Engagement in neuen sozialen Bewegungen von der Notwendigkeit tiefgreifender Reformen überzeugt wurden.

Wir brauchen ein breites Reformbündnis mit möglichst vielen Gruppen und Kräften, weil wir den Widerstand derer zu überwinden haben, die alles zum Fortschritt erklären, was ihren Gewinnerwartungen, ihrer wirtschaftlichen oder politischen Macht zugute kommt. Gegen die Übermacht der Wenigen hilft nur der gemeinsame Wille der Vielen und die Aufklärung darüber, wie Sonderinteressen das Gemeinwohl verletzen.

Wir versprechen nicht das Paradies auf Erden. Aber gemeinsam können wir Gefahren abwehren, Risiken mindern und eine neue, bessere Ordnung erreichen:

eine demokratische Gemeinschaft der Völker, die gemeinsam Verantwortung für eine gedeihliche Zukunft der Erde übernimmt,

X eine Menschheit, die sich vom Wahnsinn des Wettrüstens befreit, Konflikte gewaltfrei austrägt und ihre Kräfte zur Bewahrung der Natur und zur Überwindung des Hungers einsetzt,

eine Gesellschaft, in der die Einkommen gerechter verteilt sind, die Arbeitnehmer ihren Anteil am Produktivkapital vergrößern und die soziale Sicherung verlässlich bleibt,

o) eine ökologisch und sozial erneuerte Wirtschaft, die mit naturverträglichen Energien sparsam umgeht und die Erblast des Atomzeitalters abträgt,

H) eine Gesellschaft, die bei geringeren Wachstumsraten, weniger Erwerbsarbeit und mehr Eigenarbeit ihren Wohlstand mehrt, ihre Lebensqualität durch gesündere Umwelt, weniger Angst, eine menschlichere Arbeitswelt und mehr Zeit zur eigenen Verfügung verbessert,

eine Gesellschaft der menschenwürdigen Arbeit für alle, die Erwerbsarbeit und Haus- und Familienarbeit zwischen den Geschlechtern gerecht verteilt, Mitbestimmung und Selbstbestimmung in der Arbeit fördert,

eine Gesellschaft der Gleichheit und Solidarität zwischen Frauen und Männern, Jungen und Alten, Deutschen und Ausländern,

eine Gesellschaft, in der nicht kommandiert sondern zusammengearbeitet wird,

8) eine Gesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger, wo immer sie sich betroffen wissen, Entscheidungen gleichberechtigt fällen und verwirklichen können.

Unser Programm läßt sich nur im kritischen Dialog verwirklichen. Wir rufen alle, die uns dabei helfen wollen, auf, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands durch ihre Mitarbeit, ihre Solidarität, ihre Kritik und ihre Phantasie anzuspornen und zu stärken.